

Ausgabe 01-2020

# Faktum

## Meinungsfreiheit

Anspruch des Grundgesetzes  
und politische Realität



## EDITORIAL



Liebe Leser,

mit allen guten Wünschen für das Jahr 2020 stellen wir Ihnen die erste Ausgabe von FAKTUM vor.

In loser Folge werden Sie in unserer neuen Schriftenreihe Gedanken zu unterschiedlichen Themen der Zeit finden. Wichtige Entwicklungen in Politik, Kultur und Gesellschaft wollen wir darin beleuchten. FAKTUM wird sowohl als Print- als auch als Digitalausgabe erscheinen.

Nicht ohne Grund starten wir mit dem elementarsten Thema jedweder Demokratie, der Meinungsfreiheit. Im Rahmen unseres Kongresses im Berliner Kronprinzenpalais wurde diese Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven ausgeleuchtet. Mit den wertvollen Überlegungen und Gedanken zum Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland durch die Referenten dieses Kongresses geleiten wir Sie in das neue Jahr.

Mit herzlichen Grüßen



Ihre Erika Steinbach

# Vorwort

Von Karlheinz Weißmann

---

Die Gefährdung der Meinungsfreiheit ist das Thema. Als die Desiderius-Erasmus-Stiftung ihren 2. Kongress unter dem Titel „Meinungsfreiheit: Anspruch des Grundgesetzes und politische Realität“ plante, war das noch nicht absehbar. Als sie ihn am 15. Juni 2019 durchführte, stand man schon unter dem Eindruck der Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, die zeigten, dass die Mehrheit der Bundesbürger glaubt, sich zu bestimmten Fragen nicht mehr offen äußern zu können. Die Daten wurden bestätigt durch die im Oktober des Jahres publizierte Shell-Jugendstudie. Mehr als zwei Drittel der Zwölf- bis Fünfundzwanzigjährigen ist etwa überzeugt, dass in Deutschland niemand Schlechtes über Ausländer sagen dürfe, weil man sonst „gleich als Rassist“ gelte. Unter Tabu steht auch alles, was mit dem Islam, der NS-Vergangenheit oder der sogenannten „Diversität“ der Geschlechter zu tun hat.

Hinzu kamen mehrere Vorfälle, bei denen für jeden sichtbar wurde, dass ein wütender Mob mit mehr oder weniger offener Duldung durch die verantwortlichen Stellen jeden Unliebsamen daran hindern kann, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und Meinungsäußerungsfreiheit wahrzunehmen. Mochten die Etablierten das im Fall des AfD-Gründers Bernd Lucke noch mit klammheimlicher Freude registrieren, so ließen die Blockaden und Ausschreitungen, die den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner oder den aus den Reihen der CDU stammenden Bundesminister a. D., Herrn Dr. Thomas de Maizière, trafen, doch ein unbehagliches Gefühl entstehen. Damit kam das Thema auf die Agenda. Die Zeitung „Die Zeit“ brachte am 30. Oktober 2019 eine Ausgabe, deren halbe Titelseite von der Schlagzeile bestimmt wurde „63 % der Deutschen glauben, man müsse sehr aufpassen, wenn man seine Meinung öf-

fentlich äußert“, kurz darauf erschien der Spiegel (Ausgabe vom 2. November 2019) mit dem Aufmacher „Meinungsfreiheit“ und die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (Ausgabe vom 3. November 2019) unter der Überschrift „Was man noch sagen darf“. Offenbar hatte man auf etablierter Seite verstanden, dass Beschweigen nicht mehr genügte. Aber selbstverständlich tat man alles, um abzuwiegeln und die Diagnose zu entschärfen. So wurde der Eindruck erweckt, dass es nicht nur um die Einschränkung von Meinungsfreiheit gehen dürfe, sondern auch darum, dass es mancherorts „zu viel davon“ (Charlotte Parnack) gebe. Politische Korrektheit wollte man als Bemühen um die Regeln bürgerlichen „Anstands“ (Friederike Haupt) gedeutet wissen, und selbstverständlich müsse man, so die Autoren des Spiegels, alles tun, um zu verhindern, dass „Rechte“ in „diesem Theaterstück namens Meinungsfreiheit“ eine Chance nutzten, die Bühne zu betreten. Der Eindruck, den man zu erwecken suchte, war der von eher zufälligen Abläufen. Bei der Einschränkung der Meinungsfreiheit handele es sich um eine „gefühlte“, nicht um eine tatsächliche, und die Klagen über die Methoden der Ächtung erschienen der FAS als „Jammer-Strategie“, entworfen von „rechten Diskursvergiftern“, deren falsche Behauptungen sich wie ein „Virus“ in der „Mitte der Gesellschaft“ verbreiteten und den „Mythos“ (Harald Staun) von der Einschränkung der Meinungsfreiheit in Umlauf brächten.

Bemerkenswert wirkte im Vergleich dazu die Analyse der ursprünglich weit links stehenden Journalistin Susanne Gaschke für die Welt am Sonntag (Ausgabe vom 27. Oktober 2019), in der es hieß: „Wir erleben eine zwiespältige Situation: Obwohl jeder heute anonym im Internet die ungeheuerlichsten Dinge verbreiten kann (und viele das auch dauernd tun), wird an der Uni,

im Sportverein, im Kollegenkreis, selbst innerhalb mancher Freundeskreise und Familien, ein wachsendes Gefühl der Unfreiheit wahrgenommen – besonders von Menschen, die sich selbst für konservativ oder „rechts“ halten.“ Allerdings vermied auch Susanne Gaschke, jene Mechanismen zu benennen, die es überhaupt erst möglich machten, in einer Gesellschaft, die sich als freiheitlich versteht, Denkverbote durchzusetzen und die Ächtung von Personen zu bewirken, die durchaus mit deren sozialem Tod enden kann.

Denn hätte sie das getan, hätte sie auf die fatale Rolle zu sprechen kommen müssen, die neben den staatlichen die „zivilgesellschaftlichen“ Akteure spielen, die heute mittels Deplatforming Zugang zur Debatte gewähren oder verweigern, in Anspruch nehmen, „Meinungskorridore“ zu definieren und diejenigen zu bestrafen, die deren Begrenzungen nicht akzeptieren wollen. Wer sich mit diesem Aspekt der gegenwärtigen Zustände befasst, wird die düstere Prophezeiung, die die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley kurz vor ihrem Tod äußerte, nicht vorschnell zurückweisen: „Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel fei-

ner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.“

Dreißig Jahre nach dem Ende des roten Zwangsregimes ist das eine schreckliche Perspektive. Aber sie sollte uns nicht mutlos machen. Darauf haben die Referenten des eingangs erwähnten Kongresses der Desiderius-Erasmus-Stiftung ausdrücklich hingewiesen: die politischen Praktiker Jörg Meuthen und Marc Jongen ebenso wie die Publizistin Vera Lengsfeld und die Theoretiker Norbert Bolz und Karlheinz Weißmann. Ihre Vorträge werden in diesem ersten Band einer neuen Schriftenreihe der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Desiderius-Erasmus-Stiftung will damit auch einen Beitrag zu dem leisten, wozu parteinahe Stiftungen eigentlich gedacht sind: Foren zu bieten, auf denen verschiedene Positionen die Möglichkeit haben, sich zu präsentieren und der Kritik zu stellen, um einen lebendigen Austausch herbeizuführen und den Schlusssatz von Artikel 5 des Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen: „Eine Zensur findet nicht statt.“

**MEINUNG**  
KOMMENTARE KOLUMNEN SATIRE HENRYK M. BRODER

WELT MEINUNG HASS UND GEWALT

### Warum es um unsere Meinungsfreiheit schlecht bestellt ist

Veröffentlicht am 24.01.2020 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Cigdem Toprak  
Autorin

59  
f  
t  
✉  
🖨

GASTKOMMENTAR

### Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr!

In Deutschland sind Meinungsfreiheit und Diskussionskultur akut bedroht. Die Gründe: eine feige Universitätsleitung in Hamburg und rot-grüne linke Intoleranz.

Keri-Heinz Paqué

BR 24  
Bayern RP24-Newsletter Coronavirus Kommunalwahlen Sport Wirtschaft Kultur Wissen

BR 24  
NETZWELT



### ZENSUR

#### Meinungsfreiheit in Gefahr: Wird man das noch sagen dürfen?

10.11.2019, 11:00 Uhr

Meinungsfreiheit oder Meinungsdictatur? 63 Prozent der Deutschen sagen laut einer Allensbach-Umfrage: "Heutzutage muss man sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert." Ist die Meinungsfreiheit in Gefahr? Possoch klärt



Das Grundgesetz  
Meinungsfreiheit - nur noch eine leere Hülle?

## Grußwort

Von Erika Steinbach

Herzlich willkommen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Kongress der Desiderius-Erasmus-Stiftung!

Wir widmen uns heute im 70. Jahr des Grundgesetzes ganz bewusst einem elementaren Menschenrecht: dem Recht auf Meinungsfreiheit.

Landauf, landab wurde unser Grundgesetz in zahllosen Feierstunden gepriesen. Das kann man nur begrüßen. Denn seine Grundrechtsartikel enthalten all das, was ein freiheitliches und würdevolles Leben ausmacht und all das, was für jede Demokratie unverzichtbar ist.

Nicht nur auf dem Papier sind unsere Rechte schwarz auf weiß zu lesen, sondern sie wurden durch die zahllosen Geburtstagsreden vom Bundespräsidenten über die Kanzlerin bis hin zu Kirchenoberen sozusagen nochmals bestätigt.

Leben wir also in einer wunderbaren, intakten Demokratie?

Der Grundrechtsartikel 5 manifestiert für jedermann, seine Meinung frei äußern zu dürfen. Darin heißt es: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet.“

Und in Absatz drei heißt es zudem: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“.

Damit haben die Väter und Mütter des Grundge-

setzes 1949 das aufgenommen, was bereits im Jahr zuvor in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 im Artikel 19 postuliert wurde:

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung:

Dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über die Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten“.

Also, alles gut? Mitnichten! Wie kommt es sonst zu Schlagzeilen der letzten Wochen wie:

- „Immer mehr Tabuthemen“, *„Frankfurter Allgemeine Zeitung“*
- „Landschaft voller Tabugebiete“, *„Cicero“*
- „Große Mehrheit der Deutschen beklagt Sprechverbote“, *„Junge Freiheit“*
- „Mehrheit vermeidet öffentliche Aussagen zu vermeintlichen Tabuthemen“, *„Die Zeit“*
- „Wir sind ein Volk von Flüsterern geworden“, *„Tichys Einblick“*
- „Bei der Meinungsfreiheit droht ein Sozialismus light“, *„Die Welt“*.

Eine im Mai veröffentlichte Allensbachs-Umfrage hatte die Medien aufgerüttelt. Danach haben nahezu zwei Drittel der Befragten das Gefühl, man

Sehen Sie sich  
diesen Vortrag live  
auf YouTube an!



müsse im öffentlichen Raum sehr aufpassen, was man sage. Wie kann das sein, in einem Lande, in dem man sich immer wieder für seine Toleranz selbst feiert? Dem wollen wir nachspüren.

Unser Kongress wurde geplant, als es diese Umfrage von Allensbach mit ihrem dramatischen Befund für unsere Demokratie noch nicht gab. Seit Jahren ist zunehmend für jeden erkennbar, der aufgeschlossen das Miteinander der Menschen wahrnimmt, der die Berichterstattung diverser Medien konsumiert und Postulate aus Politiker-mund verfolgt, dass die uns garantierte Meinungsfreiheit sich nicht in einem weiten Feld frei entfalten kann, sondern in einem immer enger werdenden Korridor verkümmert.

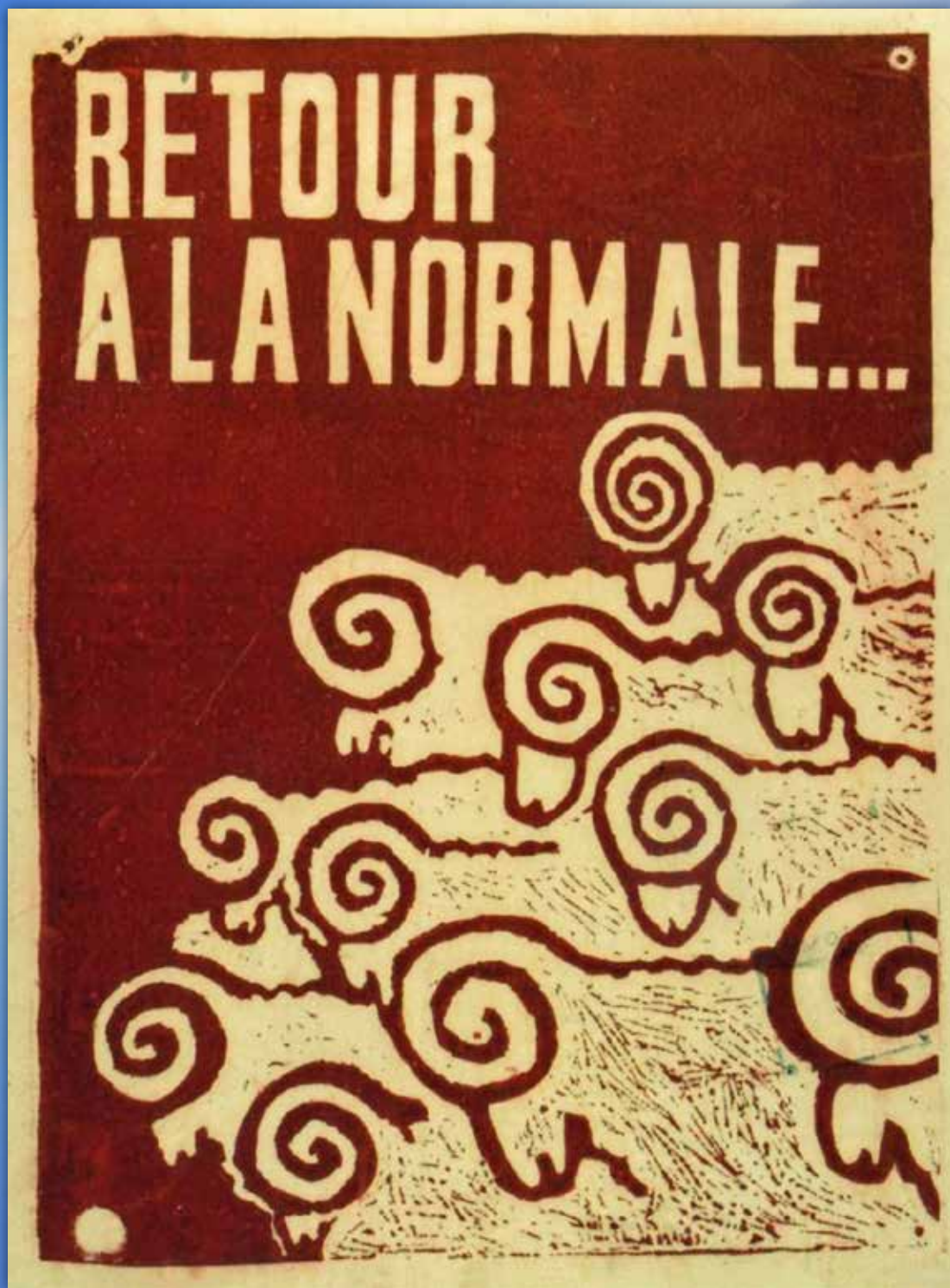
Leibhaftig erfahren das selbst Künstler und Hochschullehrer, obwohl sie unter einem doppelten Schutz unseres Grundgesetzes stehen: dem der Meinungsfreiheit und zudem der Garantie der Freiheit der Kunst oder der Freiheit von Forschung und Lehre. Maler, wie z. B. Axel Krause, Schriftsteller, wie etwa Uwe Tellkamp oder Professoren, wie Jörg Baberowski, erleben geradezu existentiell, dass ihre Kunst oder ihre Lehrtätigkeit nicht zählt, wenn sie eine Meinung vertreten, die nicht dem Mainstream entspricht.

Diese Namen signalisieren aber nur die Spitze des Stigmatisierungspotenzials in unserem „ach als so tolerant“ gepriesenem Deutschland. Es reicht von der Kontokündigung, über den Arbeitsplatzverlust bis hin zum nicht nur subkutanen Rufmord. Und zu viele Medien wirken dabei fleißig mit. Der jüngste Befund von Allensbach bestätigt etwas, was zahllose Menschen seit Jahren längst

mit Sorge beobachten und auch selbst erleben.

Unsere Referenten des heutigen Tages betrachten diese Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven. Ich danke Prof. Jörg Meuthen, Prof. Norbert Bolz, Vera Lengsfeld, Dr. Marc Jongen, Dr. Karlheinz Weißmann und Dr. Nicolaus Fest sehr herzlich, dass sie heute dieses für unsere Demokratie so wichtige Thema Meinungsfreiheit aus ihrer jeweiligen Sicht beleuchten.





**Plakat des Pariser Mai '68**

Die Verwandlung der Öffentlichkeit in eine Schafherde

# Meinungsfreiheit – Was ist das?

Von Prof. Dr. Jörg Meuthen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchte ich mich für die Einladung bedanken! Es ist mir eine große Ehre und Freude, hier heute neben so hochkarätigen und honorigen Rednern sprechen zu dürfen – das kommt nicht alle Tage vor!

Was uns eint? Vieles. Ganz sicher die Sorge um die Meinungsfreiheit hierzulande. Für mich ist Meinungsfreiheit nicht nur intellektuell von ausschlaggebender Bedeutung, sie ist mir schon seit Schultagen zugleich immer auch eine Herzensangelegenheit. Wenn es etwas gibt, auf das ich allergisch reagiere, dann ist es der Versuch, anderen Menschen aufgrund von Meinungsverschiedenheiten – wie auch immer diese geartet sein mögen – den Mund zu verbieten. Ich war immer ein rigoroser Verfechter der Meinungsfreiheit, deren Prinzip Ayn Rand so treffend beschrieben hat: „Das Prinzip der Meinungsfreiheit beschäftigt sich nicht mit dem Inhalt der Rede eines Menschen und schützt nicht nur die Äußerung guter Ideen, sondern aller Ideen. Wenn es anders wäre, wer würde dann bestimmen, welche Ideen gut wären und welche verboten sind? Der Staat?“ Und ein kluger Libertärer aus der Schweiz hat mal ganz schnittig formuliert: „Man kann einen gesellschaftlichen Diskurs darüber haben, was Meinungsfreiheit darf. Oder man hat Meinungsfreiheit.“

Die Willkür des Staates bei der Definition des Korridors des Sagbaren hat Ayn Rand als große Gefahr für die Meinungsfreiheit erkannt. Diese Gefahr ist in der Bundesrepublik gegenwärtig so virulent wie schon lange nicht mehr. Wir leben in einem Gesinnungsstaat, der sich, frei nach Paul Gottfried oder Thomas Szasz, auch als therapeutischer Staat bezeichnen lässt. Ein Staat linksgrüner Gesinnungstherapeuten.

Dieser therapeutische Gesinnungsstaat hat nichts Geringeres als eine Bewusstseinsveränderung breiter Massen zum Ziel, denen er pauschal unterstellt, für Denkweisen empfänglich zu sein, die „fascistoid“ und somit gefährlich sind.



Auch deshalb fühlen sich die schon länger diesen Staat lenkenden Sozialingenieure bemüßigt, auf Zwangs- und Zensurmaßnahmen zurückzugreifen, um unter dem Deckmantel angeblich höherer und hehrer Ziele unerwünschte Denkweisen, unbequeme Meinungen und kritische Querdenker diskursiv auszumerzen – das ist Teil ihrer „Therapie“.

Menschen spüren, bedingt durch die Empfindlichkeit ihrer „sozialen Haut“ (Elisabeth Noelle-Neumann), welche Meinungsäußerungen gesellschaftlich erwünscht sind und welche nicht. Das wirkt konditionierend, mehr noch dann, wenn der therapeutische Staat verordnet, was gedacht, geschrieben oder gelesen werden darf und was nicht. Wer nicht allzu große persönliche Nachteile erleiden möchte und Positionen vertritt, die gesellschaftlich nicht opportun sind, wird – oder kann – diese, sofern er nicht eine ausgeprägte rebellische Ader hat, öffentlich nicht mehr äußern, was wiederum dazu führt, dass diese Positionen den von den Diskurseliten definierten Korridor des Sagbaren immer mehr verlassen, bis sie ganz verschwinden. So funktioniert die „Schweigespinnale“, von der die berühmte Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann sprach. Und dieses Schweigen ist genau das, was die Gesellschaftsklempner der Gegenwart wollen. Mit ihren Zensurgesetzen und Stigmatisierungsmethoden lenken sie unsere Gesellschaft mehr und mehr in eine totalitäre Richtung, ohne dass die breiten Massen es merken würden. Gesinnungs-

Sehen Sie sich diesen Vortrag live auf YouTube an!



manipulatives Nudging, perfektioniertes Framing und Agenda Setting - die vermeintlich sanften, tatsächlich aber gerade deswegen hoch gefährlichen Angriffe aufs freie Denken. Die Folge: Selbstzensur. Und wenn das alles nicht mehr ausreicht, dann Zwang und Zensur, aus Gründen angeblicher „Alternativlosigkeit“, all das moralisierend aufgeladen. Was zählt, ist nicht das Argument, nicht die Rationalität, sondern die Emotion und eine Haltung, die den politisch-korrekten GesinnungstüV besteht. Zustimmung soll so erpresst werden. Zustimmung als manipulierbare Größe. Kein Wunder, dass die Hybris unserer politischen Gesellschaftsklempner unter diesen Umständen steigt und steigt und steigt. Das Ziel: Die Umformung der Gesellschaft durch den Staat und die Schaffung eines neuen, in ihrem Sinne geläuterten Menschen. Kommt einem irgendwie bekannt vor, oder? Das, was Heiko Maas und seinesgleichen mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz verbrochen haben, ist für den politischen Diskurs dieses Landes in seiner jüngeren Geschichte beispiellos. Jeden einzelnen Abgeordneten, der diesem Gesetz zugestimmt hat, trifft eine tiefe und anhaltende Schuld.

Wenn die Menschen es doch besser sähen: Gerade jene, die den Wert der Toleranz am plakativsten wie eine Monstranz vor sich hertragen, sind in der Regel ihre größten Verächter. Das hat, wie ich meine: unübersehbar, seine Ursache in der seit Jahrzehnten andauernden Kulturhegemonie der Linken. Deren Vormachtstellung hat bei ihnen das gefördert, was sie ihren politischen Gegnern immer vorwerfen: Arroganz, Intoleranz, mangelnde Sensibilität gegenüber Andersdenkenden, eine in der Regel jeder inhaltlichen Begründbarkeit entbehrende Überzeugung von den eigenen Positionen und mangelnde kritische Selbstreflexion, was häufig mit moralisierendem Gehabe und gutmenschlichem Hochmut einhergeht. Wir Freiheitlichen, Konservativen und Patrioten reden durchaus gerne mit Linken, die mit uns nicht. Das ist der Unterschied.

Das vielleicht einzig Positive an Zensurgesetzen à la Maas und dem Einsatz von staatlich alimentierten Gesinnungsgendarmen wie der Ex-Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane ist, dass die Herrschaftsmechanismen der Pseudo-Eliten nun noch evidenter als zuvor schon zutage treten. Die Maske fällt, und die enthüllte Fratze ist besonders hässlich – das zeigen die immer

stärker greifenden Zensurmaßnahmen: Twitter, Facebook und andere soziale Netzwerke löschen nach Androhung drakonischer Strafen seitens des therapeutischen Gesinnungsstaates harmlose Kritik an der Migrationspolitik, während etwa die Verbaldiarrhöe eines salafistischen Hasspredigers wie Pierre Vogel von den Zensoren unangestastet bleibt – auch ein Symptom politischer Korrektheit, multikultureller Utopiebesoffenheit, einer pathologischen Mentalität der Schuld und schlichtweg einer opportunistischen Feigheit, den politisch korrekten Minderheitenschutz aufzugeben, wenn es notwendig wäre. Und ja, bei salafistischer Hassdemagogie wären Widerworte wichtig, aber das trauen sich unsere feigen linken Kulturhegemönche nicht. Man sieht: Die Achtundsechziger haben ganze Arbeit geleistet. So ist das im besten Deutschland, das es je gab.

Und dennoch: Trotz zunehmender Einschränkungen mag die Meinungsfreiheit hierzulande formal bestehen. Nur die Lebensrealität von uns Deutschen schaut inzwischen etwas anders aus. Eine Allensbach-Umfrage brachte diesbezüglich erschreckende Zahlen: Zwei Drittel der Befragten gaben an, man müsse heutzutage „sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert“. Fast 60 Prozent meinten, man könne mitnichten in der Öffentlichkeit zu allem frei seine Meinung äußern, sondern müsse bei manchen Themen vorsichtig sein. Welche Themen wurden dabei vorrangig genannt? Die Migration, der Islam, der Patriotismus, die politische Korrektheit, und – na sowas, wer hätte das gedacht – die AfD! Wir stellen immer mehr Selbstzensur bei großen Teilen der Gesellschaft fest. Wirklich verwunderlich ist das nicht: In der Migrationspolitik und beim Umgang mit dem Islam drückt die Bundesregierung seit Jahren ihren Kurs durch. Ohne Rücksicht auf die klare Mehrheitsmeinung der Bevölkerung – denn die ist eine andere.

Abweichende Meinungen zum politisch korrekten, vom Phantom des Multikulturalismus be rauschten Regierungskurs werden im Zuge diskursiver Säuberungsaktionen sozial wegzensiert: Wer etwa der Auffassung ist, dass Berlin nicht zu Bagdad werden sollte, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, eine Art lokalpatriotischer Krypto-Neonazi zu sein. Sozusagen ein „besorgter Bürger“. Mit diesem Begriff macht sich der Linke vor allem über Leute lustig, die etwa ihre Sorge vor den negativen Folgen einer Masseneinwande-

rung von jungen Männern aus den gefährlichsten Ländern der Erde artikulieren. Diese Befürchtungen der „Panikmacher“ sind für Linke immer „unbegründet“ oder „eingeredet“, sowieso „von Populisten geschürt“, etwa von uns, von der AfD. Erlaubte und berechtigte Ängste sind hingegen die vor Waldsterben, Treibhausgasen, Feinstaub, Klimawandel, Gentechnik oder vor der Machtergreifung der Faschisten, mit denen – natürlich, wie könnte es auch anders sein? – wir gemeint sind.

Das betrifft auch ganz profane Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Wer etwa der Auffassung ist, dass Frauen schlechter Fußball spielen als Männer, sie deshalb nicht gleich bezahlt werden und auch nicht werden sollten, weil beispielsweise die deutsche Frauennationalmannschaft gegen die B-Jugend vom VfB Stuttgart mit 0-3 oder die Bundesliga-Frauen des 1. FC Köln in gleicher Höhe gegen die 3. Senioren von Fortuna Seppensrade aus der Kreisliga verlieren, darf sich einen ewiggestrigen Chauvinisten schimpfen lassen. Wer der Auffassung ist, dass es lediglich 34 - was mir schon sehr deutlich mehr erscheint, als mir je begegnet sind - statt der sonst mittlerweile üblichen 67 Geschlechter gibt, gilt als übler Genderleugner. Leugner! Sie wissen, welche Assoziationen das erzeugen soll. Wer der heiligen Greta Thunberg zum Trotz heutzutage das Auto dem Drahtesel vorzieht, ist ein Klimakiller. Wer sich gar gegen importierte Kriminalität und Plünderung unserer sozialen Sicherungssysteme positioniert, der ist sowieso das Schlimmste, was es in diesem Land geben kann – geben kann: ein AfDler, ein Hetzer! Kein Kavaliersdelikt übrigens: Hetze ist nämlich der Verweis auf Hassschriften, also unliebsame Zahlen des Statistischen Bundesamts oder die polizeiliche Kriminalitätsstatistik - der natürliche Feind der Willkommenskultur.

Wer Kevin Kühnerts Träume miträumt und heute gegen Enteignung von Privateigentum und Kollektivierung von Unternehmen ist, der muss ein neoliberaler, sozialdarwinistischer Raubtierkapitalist sein – drunter geht es nicht! Wer jemandem sagt, er habe zugenommen, darf sich neuerdings den Vorwurf des fat shaming gefallen lassen. Wer gar jemandem sagt, er oder sie entspreche nicht seinem Beuteschema, muss sich von politisch korrekten Neusprechlern den Vorwurf der hate speech – der Hassrede – machen lassen. Und wer es dennoch heute wagt, einer Dame ein Kompliment zu machen, der gilt sowieso als ewiggestrig-chauvinistischer Sexist der übelsten Sorte.

ment zu machen, der gilt sowieso als ewiggestrig-chauvinistischer Sexist der übelsten Sorte.

Es reicht heutzutage vollkommen aus, dieselben Positionen zu vertreten, die man vor 20 Jahren problemlos vertreten hat, um als „rechts“ oder dergleichen stigmatisiert zu werden. Heute sind wir „geistige Brandstifter“, „böse Rechtspopulisten“, „frauenfeindliche Sexisten“, „Chauvis“ usw. Diese vielen Stigmatisierungen verfolgen das Ziel, unliebsame Meinungen zu diskreditieren, ja zuweilen gar zu kriminalisieren. Ich glaube nur, dass die Gesinnungsgendarmen da den Bogen überspannt haben. Sie haben übertrieben, und es regt sich zunehmender Protest gegen diese Form der Umerziehung.

Die Gralshüter der politischen Korrektheit schwingen die Nazi- und Rassistenkeule, wenn jemand wie wir ihren Konsens stört. Dabei sind nicht wir rechter, sondern der Diskurs ist immer linker geworden. Aber das geht nicht in die Köpfe unsere linken Kultureliten. Denen fällt ihr radikaler Linksschwenk gar nicht auf. Die halten sich ernsthaft für die Mitte der Gesellschaft und verteilen dann in all ihrer Arroganz der unverdienten Macht munter Maulkörbchen.

Meine lieben Damen und Herren, Sie merken: Sie können in diesem Land wirklich alles sagen, ... Sie sollten sich dabei nur nicht erwischen lassen!

Schon Kurt Tucholsky hat gesagt: „In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.“ Wenn wir reale Missstände benennen, ist es „Panikmache“, oder noch besser: Man wirft uns dann vor, wir würden „mit Fakten hetzen“! Ein Beispiel für dieses „Hetzen mit Fakten“ ist Prof. Dr. Ulrich Kutschera. Wenn mich nichts täuscht, steht er vor Gericht. Vorwurf: „Volksverhetzung“. Weshalb? Weil er, basierend auf Empirie (!), gesagt hat, dass Homosexuelle stärker zur Pädophilie neigen würden und man sich deshalb überlegen sollte, ob es sinnvoll ist, solchen Paaren das Adoptionsrecht zu erteilen: „Sollte das Adoptionsrecht kommen, sehe ich staatlich geförderte Pädophilie und schwersten Kindesmissbrauch auf uns zukommen.“

In Deutschland gibt es mittlerweile „Volksverhetzung“ für Fakten, das ist absurd. Wahrheiten, die linke Lebenslügen als das entlarven, was sie sind, sollen pauschal kriminalisiert werden. Dagegen

müssen wir uns entschlossen wehren. Mit unserer politischen Konkurrenz hingegen wird zimperlich bis zartfühlend umgegangen: Wenn die Grünen auf Basis hochgradig spekulativer Annahmen Weltuntergangsszenarien zeichnen, dann ist das natürlich keine Panikmache und kein Ängste-Schüren, sondern „aufklärerisch“, „progressiv“ – und weil wir es hier mit einer Art von Zivilreligion zu tun haben – „prophetisch“.

Und so darf dann auch Annalena Baerbock bei Maybrit Illner unwidersprochen davon reden, dass die Deutschen pro Kopf 9 Gigatonnen CO2 emittierten. Dabei emittiert Frau Baerbock vor allem eines: Unsinn. Und zwar, hoppala, um den Faktor eine Milliarde – denn es sind natürlich lediglich 9 Tonnen, die wir emittieren und keine 9 Gigatonnen. Ist im öffentlich-rechtlichen Rundfunk natürlich niemandem aufgefallen. Kann ja mal passieren. Und der bei uns sonst immer so pingelige Faktencheck scheint wohl Urlaub zu haben, wenn Grüne vor Millionenpublikum Fake-news und Ahnungslosigkeit verbreiten.

Diese Grünen-Anbetung der Journalisten, reicht soweit, dass letztens folgender Text einer Zeit-Journalistin über Robert Habeck – laut Bild „Germany's next Kennedy“ – zum „Absatz der Woche“ gekürt wurde: „Wenn Robert Habeck im ICE-Bordbistro seine Schuhe auszieht, was er nicht immer, aber eigentlich gern macht, weil er wahrscheinlich momentan in Zügen mehr zu Hause ist als irgendwo sonst, dann kann es schon passieren und man sieht die Löcher in seinen Socken. Ihm selbst ist daran nichts peinlich. Er blickt einen an, als seien Löcher in den Socken das Normalste auf der Welt. Sind sie wahrscheinlich auch. Nur sein Mitarbeiter schaut erst seinen Chef, dann die Löcher an den Füßen unter dem Tisch und schließlich mich, die Journalistin, an. Sein Blick versucht mir zu verbieten, das alles gesehen zu haben. Und natürlich habe ich nichts gesehen.“

Der massenmedial orchestrierte Aufstieg der Grünen ist eine Gefahr für die Meinungsfreiheit im Speziellen, und die Freiheit im Generellen. Denn die Grünen sind im Kern eine totalitäre Partei – sie wollen alle Bereiche des Lebens durchreglementieren, einen neuen Menschen gemäß ihrer Ideologie formen und die Freiheit des Einzelnen all dem unterordnen. Das ist womöglich auch der Grund, warum sie in Deutschland auf so

fruchtbaren Boden stoßen, während sie anderswo ein Nischendasein fristen.

Da ich in größter Sorge bin, dass unsere Freiheiten in diesem Land schleichend durch grüne und andere dirigistische Sozialingenieure geopfert werden, erlaube ich mir mit einer kleinen Brandrede des großen und wundervollen Freiheitsdenkers Roland Baader zu schließen: „Merkt Ihr denn nicht, wie hier in Euren Brieftaschen und Konten, in Eurem Arbeits- und Privatleben, in Euren Familien und Partnerbeziehungen, in Eurem ganzen Leben beliebig herumgestochert wird? Fällt Euch denn gar nicht mehr auf, wie die Parameter Eurer gesamten beruflichen und privaten Existenz auf den Funktionärsschachbrettern hin- und hergeschoben werden, und dass ihr nur noch Spielmaterial für die Machtlaunen und Profilierungssüchte von Kindergartenimperatoren seid? Wie abgestumpft, infantil, entmündigt und verpedpt seid ihr denn inzwischen in Eurem Wurmdasein, um das alles als ‚normale Politik‘ zu fressen? Habt ihr vergessen, was Freiheit bedeutet, was jener „Stolz des freien Mannes“ besagt, für den tausend Generationen gekämpft und gelitten haben? Es geht doch bei der „Freiheit“ nicht nur um das „Reisen-Können“ und um „Mehr Bananen und Damenstrümpfe“ – wie Euch das die linken Mediensabberer angesichts der Massenflucht unserer Landsleute monatelang weisgemacht haben, sondern es geht um Lebenszeit. Jeder Mensch hat nur ein Leben auf Erden, und diese Zeit, diese seine einzige Lebenszeit ist unendlich kostbar. Jeder Tag, den er in Zwang und Vormundschaft, in Lüge und Manipulation verbringen muss, jede Stunde, die er nach falschen Zielen und Illusionen leben muss, ist verlorenes Leben. Zeit ist unser einziges unwiederbringliches Eigentum, ist – wie Seneca sagt – das einzige, was selbst der Dankbare nicht zurückgeben kann. Und Lebenszeit, in Unfreiheit und unter unwürdiger Funktionärsverwaltung verbracht, ist geraubte Zeit, ist vorgezogener Tod. Freiheit heißt doch nicht nur Abwesenheit von Stasispitzeln, sondern auch Abwesenheit von Zwangsammen und von Zwangs-Debität (sei sie auch demokratisch verordnet) in einem sozialistischen Volksheim.“

Besser kann man, wie ich meine, den Wert von Freiheitlichkeit und die latente Gefahr ihrer Gefahr durch linksideologische Gesellschaftsklempner nicht ausdrücken.

**ZENSIERT**



## Der späte Sieg der DDR

Von Norbert Bolz

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

sehr viel anderes, als das, was Sie schon gehört haben von Frau Steinbach und Herrn Meuthen, werden Sie auch von mir nicht hören. Die Angelegenheit, um die es geht, ist recht klar. Aber man kann sie aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Ich will das als jemand tun, der sich in den letzten dreißig Jahren vom Fach her um Medien gekümmert hat, und der Frage nachgegangen ist, wie die funktionieren. Was ich meine, kann ich Ihnen in zwei einfachen Thesen präsentieren.

Zunächst einmal geht es um die Art und Weise, wie das ideologische Syndrom, das wir seit Jahrzehnten Political Correctness nennen, überhaupt funktioniert, und zum zweiten geht es darum, wo derlei eigentlich ausgebrütet und verbreitet wird. Und am Ende werde ich Ihnen eine kurze Antwort auf die Frage geben: „Aber Herr Bolz, wo bleibt das Positive?“ Denn ich bin nicht völlig pessimistisch, was die Entwicklung betrifft.

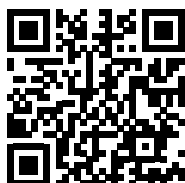
Aber lassen Sie mich gewissermaßen anekdotisch anfangen. Ich habe meine erste Professur in Essen bekommen, so Anfang der 1990er Jahre, war dann zum ersten Mal in meinem Leben in Nordrhein-Westfalen und hatte logischerweise aufgrund meines Jobs sehr bald Kontakt zum

WDR. Und gleich bei meiner ersten Berührung mit jemandem vom WDR sagte mir der: „Herr Bolz, sie sind neu bei uns in Nordrhein-Westfalen. Sie werden hier sehr schnell mit einem Mythos konfrontiert werden, der völlig absurd ist, nämlich dem Mythos, der WDR sei ein „Rotfunk“. Also seien sie vorsichtig, denn das versucht man jedem einzureden. Aber das ist völliger Unsinn.“ Damit war ich gewappnet und wusste also, wann und wo ich mich skeptisch zur Wehr setzen sollte.

Nun gut, ich habe dort, in Nordrhein-Westfalen, elf Jahre sehr intime Erfahrungen gemacht. So lange habe ich dort gelehrt, und am Ende dieser Zeit musste ich mir sagen: Der WDR ist ein „Rotfunk“. So war es jedenfalls damals. Und ich glaube, wenn man heute überlegt, was sich seit meinem Weggang 2002 verändert hat, dann dass der WDR und eigentlich das gesamte öffentlich-rechtliche System zwar kein „Rotfunk“, aber ein „Grünfunk“ ist. Mir hat besonders gut der Tweet eines besonders intelligenten Menschen vor einigen Monaten gefallen: „Alle 11 Minuten verliebt sich ein Journalist in einen Grünen“. - Den Eindruck hat man in der Tat.

Damit zum Grundsätzlichen. Als ich studierte, um zeitlich noch eine Stufe zurückzugehen, war eine Theorie besonders populär. Und weil sie ein bisschen kompliziert war, fand ich die gut. Denn

Sehen Sie sich diesen Vortrag live auf YouTube an!



als Akademiker oder als werdender Akademiker findet man komplizierte Theorien grundsätzlich besser als einfache. Und die kompliziertere Theorie, die damals im Schwange war, die lautete „Medien wirken nicht unmittelbar auf das Volk, sondern sie wirken auf sogenannte Opinion Leader, also auf Meinungsmacher, und die Meinungsmacher übertragen dann diese Nachrichten oder diese Meinungen auf die Bevölkerung. Klingt irgendwie gut, und da ist auch etwas dran, an dieser Opinion-Leader-Theorie. Aber ich hörte dann gleichzeitig, dass es eine deutsche Dame gebe, die dem heftig widerspreche und die in Amerika gearbeitet, gelernt und gelehrt hatte, nämlich die von meinem Vorredner schon erwähnte Elisabeth Noelle-Neumann.

Die hatte den Mut, die ganz einfache These zu vertreten, Medien wirken unmittelbar auf das Bewusstsein und die Meinung der Bevölkerung. Eine so einfache Theorie kann man akademisch natürlich kaum durchsetzen. Aber im Lauf der Jahrzehnte der ständigen Beschäftigung mit der Medienwirkungsforschung, wie das so schön heißt, bin ich immer mehr zu dem Ergebnis gekommen, dass Noelle-Neumann recht hat. Ich sage das auch, damit Sie einschätzen können, aus welcher Perspektive ich mein Thema angehe.

Kommen wir zu der anderen Aussage, die ich einleitend getroffen habe. Wie gesagt, ist das zentrale ideologische Syndrom, mit dem wir es zu tun haben in der Medienwirklichkeit, das, was man Political Correctness nennt. Im Folgenden will ich Ihnen zeigen, was die einzelnen Komponenten von Political Correctness sind. Das Vorherrschende, das, was jedem sofort auffällt, ist das, was man Sprachhygiene nennen könnte, oder - viel konkreter – das Erlassen von Sprachtabus. Es gibt unendlich viele Dinge, die man schlechterdings nicht mehr sagen kann, das werden Sie vor allem mitbekommen, wenn Sie Kinder haben, die in der Schule sind, denn die rapportieren das dann immer wieder. Dass man nicht mehr „Schwarze“ sagen darf, aber auch nicht mehr „Eskimo“. Dafür gibt es jetzt neue und andere Worte, aber auch die wechseln. Es ist gar nicht so einfach, am Ball zu bleiben und immer mitzubekommen, wie die neue Sprachregelung vor allen Dingen im Hinblick auf bestimmte Minderheiten oder bestimmte Gruppen eigentlich sind.

Das ist also die eine Komponente der Political Correctness. Die andere Komponente ist das, was ich „Sozialkitsch“ nennen würde, das können Sie besonders gut in Talk Shows mitverfolgen, aber auch in Reportagen. Dabei ist es ganz wichtig, leidende Personen zu zeigen und zu Wort kommen zu lassen. Wer dann irgendein sachliches Argument bringt in Bezug auf das in Frage stehende Thema, erscheint sofort als mitleidlos, eigentlich als Unmensch. Im Idealfall präsentiert man natürlich ein kleines Kind, das weint. Sie können sich sicher noch an das letzte dieser berühmt gewordenen Bilder erinnern: An der mexikanischen Grenze zu den USA wird eine Mutter zurückgewiesen, weil sie eine illegale Einwandererin ist, und daneben steht ihr Kind, das weint. Welche Botschaft steckt hinter dieser Inszenierung? Antwort: Wer gegen illegale Einwanderung ist, ist ein Unmensch. Ganz ähnlich läuft das ab, wenn man in einer Talk Show Vertreter der wichtigen Parteien, dazu einen „Bösen“ und einen aus dem Volk präsentiert, der leidet oder die leidet. Sofort entsteht eine Atmosphäre, in der Argumente keine Chance haben. Niemand geringerer als Goethe hat diesen Sozialkitsch, den es nämlich auch damals schon gab, „Lazarettpoesie“ genannt, und das ist in der Tat die Darstellungstechnik, mit der man politische Themen im deutschen Fernsehen, vor allen Dingen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern präsentiert.

Hinzu kommt noch, was man politischen Moralismus nennen müsste. Das ist eine weitere Technik, die auch jede Argumentation zu Boden schlägt, weil sie politische Probleme in moralische Probleme verwandeln, so dass sich die Welt sofort aufspaltet in gute Menschen und schlechte Menschen. Wenn Sie dann zu einem bestimmten politischen Thema nicht eine bestimmte moralische Beurteilung abgeben, sondern eine politische und keine moralische Meinung vertreten, dann sind Sie nicht jemand mit einer abweichenden Meinung, sondern Sie sind ein Monstrum. Und das ist, denke ich, die gefährlichste dieser Entwicklungen, dass wir uns im Grunde manichäisch spalten lassen, in gute und schlechte Menschen. Oder, wie ja leider Gottes ein ehemaliger Bundespräsident meinte sagen zu müssen, in ein helles und ein dunkles Deutschland. Also diese drei Komponenten, Sprachhygiene, Sozialkitsch und politischer Moralismus, die bauen das System der politischen Korrektheit, den Tugendterror der neuen Jakobiner.

Was hat das für Effekte? Ich denke, im Wesentlichen zwei: Zum einen erzeugt Political Correctness eine Art hysterische Hypersensibilität bei den Leuten, die für so etwas empfänglich sind, und das sind leider Gottes gerade unter den Intellektuellen und Akademikern sehr, sehr viele. Da ich mein ganzes Leben immer nur mit Intellektuellen und Akademikern zu tun hatte, kann ich da wenigstens sachverständig urteilen. Es ist ein unglaublicher Trugschluss, zu glauben, dass gerade diejenigen, die von Berufswegen denken oder lernen oder forschen, besonders gute politische Urteilskraft oder überhaupt eine gesunde Urteilskraft hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Hier findet sich der fruchtbare Boden für diese hysterische Hypersensibilität und das gilt natürlich vor allem für die Universitäten und die studentischen Milieus.

Bleibt die Frage, wo das eigentlich entwickelt und entfaltet wird? Das sind im Wesentlichen drei Schauplätze, einmal der Universitätscampus, der zweite Bereich ist natürlich die Politik und der dritte Bereich ist der Gesinnungsjournalismus. Ich will ausdrücklich von Gesinnungsjournalismus und nicht einfach von Journalismus reden, denn auch das habe ich natürlich längst bemerkt und erfahren, es gibt nach wie vor brillante Journalisten in Deutschland und man kann sich immer noch sehr, sehr gut informieren, wenn man sich nicht überrollen lässt vom öffentlich-rechtlichen System. Aber die Leute, die die Öffentlichkeit beherrschen, sind im Wesentlichen Gesinnungsjournalisten.

Aber zunächst mal zu meinem eigenen Biotop, dem Campus der Universität. Der Campus wird im Grunde, was seine sogenannten Diskurse betrifft, von zwei Gruppen geprägt. Das ist zum einen die studentische Gruppe der sogenannten „Schneeflocken“, und da ist zum anderen die professorale Gruppe, der von mir sogenannten „Gefälligkeitswissenschaftler“. Die „Schneeflocken“, das sind die Vorzeigestalten dieser hysterischen Hypersensibilität. Das ist etwas, was Sie sich nicht vorstellen können, ohne Kontakt zu Universitäten, und längst haben wir in Deutschland auch die absurden Verhältnisse von Amerika erreicht.

„Schneeflocken“ nennt man diese Studenten deshalb, weil sie jedes „heiße“ Thema sofort zum Schmelzen bringt. Sie können alles und jedes als

Anschlag auf ihre Identität betrachten und fordern deshalb schon im Vorhinein umfassende Betreuung. Man organisiert Räume, buchstäblich Räume, die geschützt sind, in denen böse Elemente nicht an sie herankommen, man schützt sie vor allen Formen von Aggressivität, insbesondere wenn sie sexueller Natur ist. Deshalb gibt es im Grunde nichts, was man heute noch tun und sagen könnte an einer Universität, was nicht streng geregelt sein muss, sprachlich und habituell, ja, nur dann können Sie ohne Risiko auf irgendetwas eingehen.

Als ich einmal eine Gastprofessur in Amerika hatte, in Bloomington, fiel mir immer auf, dass bei allen Professoren die Türen offenstanden. Das ist, glaube ich ganz normal in Amerika. Alle Professoren lassen ihre Türen offen, und ich habe gefragt, warum macht ihr das eigentlich? Und dann sagte mir der Professor, der mich eingeladen hat: „Das machen wir einfach aus Offenheit, damit die Studenten jederzeit zu uns kommen können und keine Schwellenängste haben.“ Das klang toll für mich, wäre nichts für mich gewesen, aber klang toll.

Allerdings habe ich rasch herausgefunden, dass es für diese Politik der offenen Tür einen ganz anderen, viel simpleren Grund gibt: Die Professoren stellen damit sicher, dass man sie nicht wegen sexual harrassment anklagt, damit nicht behauptet werden kann, hinter verschlossenen Türen sei das und das geschehen. Viele nehmen dann bei einem Gespräch auch noch jemanden dazu, einen Assistenten als Zeugen etwa.

Also „Schneeflocken“, das sind die einen, die natürlich den Nachwuchs generieren für diese Welt der Political Correctness. Aber es gibt auf der anderen Seite, was mich noch viel mehr bedrückt, die Gefälligkeitswissenschaftler. Sie machen sich gar keine Vorstellungen, wie groß die Zahl der Wissenschaftler ist, die bereit sind, Gutachten zu formulieren, so wie sie für die Politik gerade brauchbar sind. Das ist etwas, was ein unglaubliches Ausmaß angenommen hat, und zwar in jedem Politikfeld, an das Sie denken können. Und das ist natürlich der größtmögliche Widerspruch zum Ethos des Wissenschaftlers überhaupt. Die Freiheit von Lehre und Forschung sollte ihn ja gerade frei machen von dem Druck, das zu präsentieren, was der Staat oder was die Mächtigen

eigentlich erwarten. Aber Ernst Jünger hat schon das wunderbare Wort geprägt, dass den Professoren heute das Apportieren beigebracht werde. Auch da gilt wie für die Journalisten, diese Feststellung trifft nicht auf alle zu. Aber die Geisteswissenschaften sind in hohem Maße betroffen. Die halte ich im Grunde für verloren, und es gibt nur Einzelne, die das Spiel durchschauen und mit einer gewissen Bockigkeit und angesichts der Tatsache, dass sie verbeamtet sind, einfach ihren Stiefel durchziehen. Trotzdem müssen auch die aufpassen, was sie sagen. Denn es gibt eine Horde von Leuten in jeder Veranstaltung, die nur darauf warten, dass ein Wort fällt, das sie dann inkriminieren und bei der Universitätsleitung vorbringen können.

Aber das soll hier nicht zu sehr vertieft werden. Wenden wir uns stattdessen der Frage zu, was die Konsequenz dieser Machtübernahme von „Schneeflocken“ und „Gefälligkeitswissenschaftlern“ an den Universitäten ist. Nun zuerst einmal ist auf die Phantomthemen hinzuweisen, die uns gefangen halten, wie Diversity oder Gender. Das meiste, was uns in dem Zusammenhang von scheinbaren Wissenschaftsautoritäten geboten wird, ist Bullshit. Und damit bin ich schon bei der Politik, denn die Politiker sind auch ein wesentlicher Faktor bei der Verbreitung von Political Correctness. Natürlich müssen sich Politiker in gewissem Umfang an den Zeitgeist anpassen, und so erkläre ich mir auch, dass Political Correctness einen leichten Zugang hatte zur Welt der Politik.

Eine weitere Erklärung ist die, die mit der Welt des Campus zusammenhängt. Denn es gibt immer mehr Politiker, die praktisch niemals Realitätserfahrungen gemacht haben, sondern aus der Schule in die Universität und dann direkt in die Politik eingewandert sind. Und so entsteht die Widerstandslosigkeit gegenüber Political Correctness. Zwar vermute ich, dass es bei den Politikern ähnlich wie bei den normalen Leuten ist und dass sie sich, wenn sie untereinander sind, über diesen ganzen Quark wie Diversity oder N-Geschlechter lustig machen. Aber sie wagen es nicht, das in die Öffentlichkeit zu bringen. Wenn es doch jemand tut und gegen einen offensichtlichen Blödsinn eine kritische Stimme erhebt, wird er gleich fertig gemacht. Ein harmloses Beispiel aus einer Partei, der FDP, ist Christian Lindner. Lindner hat einen ebenso einfachen wie wahren Satz gesagt,

als die Greta-Euphorie sich überschlug, und er meinte, dass ein so komplexes Thema besser von Experten beurteilt werden sollte. Das hat ihn fast seinen Job gekostet. Allerdings heißt Politik im Zusammenhang mit Political Correctness nicht bloß reden und propagieren, sondern das heißt auch Umsetzung in konkrete Alltagspolitik. Und das ist genau das, was man unter dem Titel Nudge diskutiert. „Nudging“ ist ein englisches Wort, das man vielleicht mit „In-die-richtige-Richtung-schubsen“ übersetzen kann.

Und wenn es um dieses Thema geht, dann bringt man im Regelfall Beispiele, die jeder begrüßt. Dass im Flughafen von Amsterdam die Urinale mit Bildern von Fliegen ausgestattet sind, was die Männer dazu bringt, diese Urinale zielgenauer zu benutzen. Oder, auch gerne genommen, das Beispiel mit den Süßigkeiten, die nicht direkt neben der Kasse platziert werden, sondern da, wo sie etwas schwieriger zu erreichen sind. Aber beim Nudging geht es natürlich um wesentlich Wichtigeres und Anderes.

Es geht um die Gestaltung ihres gesamten Lebens. Von der Wiege bis zur Bahre möchte man sie an die Hand nehmen und möchte ihnen das richtige Leben beibringen. Und mittlerweile hat man sehr viele Bereiche des bisher lustvollen Lebens schon zum Gegenstand des Nudgings gemacht. Denken Sie nur ans Essen, die „neue Religion“, wie der Stern titelte. Mich wundert, ehrlich gesagt, dass man noch immer ohne weiteres Bier und Wein trinken darf. Aber darauf muss es bald auch irgendeine Strafsteuer, eine Bußsteuer geben. Ich schätze, das ist das nächste Projekt.

Aber es gibt noch eine andere Dimension, wo Politik uns im Blick auf Meinungsfreiheit Probleme bereitet: Es geht um das, was ich Bullshit nenne. Ich würde so was niemals sagen, einfach aus Ressentiment oder aus Wut heraus, wenn ich mich nicht auf einen der berühmtesten amerikanischen Philosophen berufen dürfte: Harry Frankfurt. Und wenn Sie nichts von meinem Vortrag heute haben, dann nehmen Sie wenigstens diesen Buchtipps mit: Das ist ein ganz dünnes Büchlein, das können Sie auf einer Zugfahrt lesen, und es heißt schlicht „Bullshit“. Was ist damit gemeint? In Amerika gibt es sogenannte Bull Sessions. Das bedeutet, dass sich Leute, meistens Jungs, treffen und einfach drauflosreden, über

alle möglichen Themen, was ihnen gerade in den Sinn kommt, ohne Selbstzensur und ohne irgendeine Form von Kritik und daher stammt letztendlich auch der Begriff Bullshit. Und was das Entscheidende daran ist, und deshalb halte ich den Begriff für so unglaublich brauchbar, Bullshit hat kein Interesse an Wahrheit. Im Gegensatz zur Lüge. Denn, wenn jemand lügt, hat er ein massives Interesse an der Wahrheit. Er will sie nämlich gerade negieren oder verdecken. Wenn jemand Bullshit redet, hat das mit der Wahrheit, der Welt der Information und Fakten, überhaupt nichts zu tun, und das ist in der Tat eine Form von Diskurs, die die politische Öffentlichkeit vor allen Dingen bestimmt. Es wird nicht gelogen, und wenn gelogen wird, dann ist das nicht das entscheidende Problem. Das entscheidende Problem liegt meines Erachtens viel, viel tiefer, es liegt dort, wo über alle möglichen uns berührende Themen nur noch Bullshit produziert wird, man also eine absolute Indifferenz gegenüber der Wahrheit kultiviert.

Das dritte Feld, auf dem diese Pflanze Political Correctness angebaut wird, ist der Gesinnungsjournalismus, oder kurz und knapp: es geht um den Journalisten als Oberlehrer. Das ist in Deutschland ein besonders großes Problem. Es gab natürlich auch hier einmal das, was man das angelsächsische Modell nennt, und das angelsächsische Modell erkannten sie früher an einem Strich quer durch die Seite der Zeitung. Über dem Strich standen nur Nachrichten, und unter dem Strich standen Meinungen. Dagegen waren und sind die Deutschen stolz darauf, dass sie Informationen und Meinungen miteinander vermischen, also das betreiben, was ich Gesinnungsjournalismus genannt habe. Hier hält man es für die Aufgabe des Journalisten, nicht nur Informationen zu liefern, mit denen wir uns dann unsere eigene Meinung bilden könnten, ihnen geht es vielmehr darum, eine „Haltung“ zu vermitteln.

Der auch von mir sehr verehrte und der den Älteren von Ihnen noch bekannte Journalist Hans-Joachim Friedrichs hat einmal den Satz geprägt „Ein Journalist sollte sich mit keiner Sache gemein machen, auch nicht mit einer guten“. Der größte Satz meines Erachtens, den man über die Aufgabe des Journalisten formulieren kann. Und jetzt bekommt die Journalistin Anja Reschke, Moderatorin des Magazins „Panorama“ den Hans-Joa-

chim-Friedrichs-Preis, und sie tritt auf die Bühne, hinter ihr wird das Bild des großen Hans-Joachim Friedrichs eingeblendet, samt seinem berühmten Satz, und Anja Reschke sagt dann, alle hätten den Satz von Hans-Joachim Friedrichs bisher missverstanden. Er habe genau das Gegenteil gemeint, denn wir sollten „Haltung“ zeigen. Das ist schon rhetorische Kunst, die Dinge komplett auf den Kopf zu stellen. Aber selbst das wird heute widerspruchslos hingenommen.

Dahinter steht etwas, das ich publizistischen Paternalismus nenne. Früher hätte man von Gehirnwäsche gesprochen, oder von dem, was seit Platon unter dem Aspekt der „weißen Lüge“ diskutiert wird. Nach Auffassung Platons dürfen die Wächter des Staates, also die Manager, die verantwortlichen Politiker des Staates, lügen, um der Gemeinschaft willen. Eine Vorstellung, die immer ihre Aktualität behält. Vor etwa 20 Jahren brachte die britische Zeitung Guardian einen Artikel mit der Überschrift „Government lied and I am glad“, also „Die Regierung hat gelogen und ich bin froh darüber“. Froh darüber, dass sie gelogen hat. Es ging damals um die Aids-Hysterie, und die Regierung hatte bewusst falsche Zahlen gebracht, um Panik zu verbreiten in der Bevölkerung. Und der Guardian meinte, dass diese Lüge eine gute Sache war, weil sie die Menschen in die richtige Richtung „geschubst“ hatte. Wahrscheinlich könnte man von solchen und ähnlichen „weißen Lügen“ Tausende in der alltäglichen Politik finden. Wenn es etwa um Themen wie den Klimawandel geht.

Etwas anders gelagert ist der berühmte „Fall Re-letius“, auf den Sie sicher alle warten, wenn ein Medienwissenschaftler über Meinungsfreiheit redet. Aber lassen Sie mich noch einmal festhalten, dass es hier nicht darum geht, dass ein Journalist gelogen hat – das haben Journalisten schon immer getan – und auch nicht darum, dass Journalisten frei fantasieren, um auf einfache Weise Geld zu verdienen – auch das haben Journalisten schon immer getan. Hier geht es mir darum, dass Re-letius deshalb so sicher sein konnte, mit seinen Lügengeschichten durchzukommen, weil er exakt die Gesinnung des Mainstream getroffen hat. Nehmen wir nur ein Beispiel: Alles, das was wir uns immer schon vom mittleren Westen in Amerika vorgestellt haben, ohne jemals dort gewesen zu sein, genau das hat er präzise geschildert und

also wurde es begeistert aufgenommen.

Dass es in Wirklichkeit völlig anders ist, spielt überhaupt keine Rolle. Denn nicht nur die Verschwörungstheoretiker leben in ihrer Informationsblase, sondern alle leben in ihren jeweiligen Informationsblasen, vor allen Dingen die Linken und der Mainstream. Das sind alles gigantische Echokammern, und alles, was das Echo zum Schwingen bringt, wird begierig aufgesaugt, alles andere ausgeblendet. Weshalb die ARD auch gar keine Skrupel hatte, ihr Manual zu verfassen, weil die verantwortlichen Intendanten nicht mehr sicher sind, dass die Informationsblase geschlossen bleibt. Also gibt man den Mitarbeitern und Journalisten einen Leitfaden an die Hand, damit sie weiter die politisch korrekte Sprache sprechen und auch bei der Selektion der Themen homogen und geschlossen vorgehen. Abgezielt wird auf einen linientreuen Journalismus, mit Hilfe von Methoden, die totalitäre Züge aufweisen. Insofern kann man von einem späten Sieg der DDR sprechen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und damit endlich auch zum Positiven oder zu meinen etwas optimistischen Perspektiven. Zunächst einmal bündelt sich das alles, Political Correctness, die Infantilität der „Schneeflocken“, die Korruption der Professoren, die Attitüde der journalistischen Oberlehrer in einem mächtigen Mythos unserer Gegenwart, nämlich dem Mythos „Kampf gegen rechts“. Der ersetzt im Grunde alles politische Nachdenken. Wenn Sie sich nur die Wahlen der letzten Jahre sich vergegenwärtigen, dann gab es eigentlich kein einziges Thema, außer „Kampf gegen rechts“.

Das bedeutet aber umgekehrt auch, dass die politische Szene und auch gerade sich als politisch verstehende Intellektuelle offensichtlich überhaupt keine Ideen mehr haben. Es gibt nichts mehr, wofür sie eintreten, es gibt nichts mehr, womit sie uns faszinieren könnten. Ich glaube, es war Ronald Reagan, der einmal gesagt hat, wir müssen jetzt nach dem Sieg im Kalten Krieg schleunigst ein neues Thema finden, das die Leute fasziniert, mit dem wir sie zusammenhalten können. Und Gerhard Schröder meinte, man müsse etwas finden, was Deutschland zusammenhält, nachdem wir die D-Mark aufgegeben haben. Im Klartext heißt das: Die Politik hat das Problem,

wenn man kein Thema setzen kann, wenn man keine Idee hat, die die Leute fasziniert, woran sie hängen, dann wird es schwierig, überhaupt Politik zu treiben. Ich glaube, dieser Zustand ist eingetreten, und er wird nur noch verdeckt vom Mythos „Kampf gegen rechts“.

Und dieser Mythos „Kampf gegen rechts“ ist im Grunde nur die extremste Form dessen, was der Philosoph Odo Marquard „nachträglichen Antifaschismus“ genannt hat. Das heißt nämlich, gerade in einer Zeit, in der wir so fortschrittlich, so tolerant und auch so ausländerfreundlich sind, wie noch niemals in unserer Geschichte, gerade in dieser Zeit, wird so getan, als müsste man ständig gegen Nazis kämpfen. Also wir sind so weit entfernt von Totalitarismus und Fremdenfeindlichkeit in einem rechten Sinne, also in einem nationalsozialistischen Sinn, wie noch nie eine deutsche Gesellschaft, und gerade jetzt treten plötzlich die Kämpfer gegen die Nazis auf.

Das sind aber nur Phantomgegner. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, was mich besonders peinlich berührt hat, war der Satz von Heiko Maas, er sei in die Politik gegangen, wegen Auschwitz. Denn hier zeigt sich die Art und Weise, wie der Faktor Political Correctness zum Zweck der Instrumentalisierung genutzt wird. Denn wer will diesen Mann noch kritisieren, wenn der die moralische Hauptaufgabe der Deutschen zu seinem Lebensinhalt gemacht hat, nämlich „Nie wieder Auschwitz“. Ein solcher Vorgang würde eine Einzelbetrachtung verdienen, die ich hier nicht leisten kann. Aber er gehört zusammen mit einem Vorgang, den man als Tribunalisierung der gesamten Gesellschaft betrachten muss. So wie eben auch die Formel vom dunklen und vom hellen Deutschland nichts anderes bedeutet, als dass das dunkle Deutschland vor dem Tribunal des hellen steht. Das Tribunal, das von den Mainstream-Journalisten und den mit ihnen verbündeten Politikern abgehalten wird.

Aber selbst das kann nicht von der offensichtlichen Tatsache ablenken, die ich erwähnt habe: der Ideenlosigkeit der Linken. Ich sehe jedenfalls keine einzige linke Idee von Bedeutung mehr. Was auch dazu führt, dass die Teilung, die alt überkommene aus der Französischen Revolution stammende Teilung in links und rechts bei uns vollkommen gegenstandslos geworden ist.

Vielleicht gibt es Rechte, das mag sein, es gibt auf jeden Fall noch Konservative und es gibt auch verzweifelte Menschen, die nach einer Mitte suchen, die es einmal gab, aber die offenbar von niemandem mehr vertreten werden soll. Aber es gibt auf jeden Fall keine Linken. Denn niemand ist reaktionärer als die Partei, die sich so nennt. Die liegt mit ihren Vorstellungen komplett im 19. Jahrhundert und hat keine einzige Idee entwickelt, die aus diesem 19. Jahrhundert herausführen würde, und wahrscheinlich war ihre Idee schon im 19. Jahrhundert eine falsche Idee. Aber das können wir dahingestellt sein lassen, denn es war jedenfalls eine Idee, die die Massen fasziniert hat. Aber das funktioniert heute eben nicht mehr. Und es gibt keine einzige alternative Idee zu der, die die Linke einmal konstituiert hat.

Das stimmt mich optimistisch, denn das bedeutet, dass dieses Hauen und Stechen nach rechts im Grunde ein verzweifelter Abwehrkampf ist, angesichts der eigenen Ideenlosigkeit und Perspektivlosigkeit. Aber es gibt noch einen anderen Punkt, der mich optimistisch macht. Das ist der Strukturwandel der Öffentlichkeit. Wir leben Gott sei Dank eben nicht mehr in einer Welt, die nur bestimmt wird vom öffentlich-rechtlichen System und von Zeitungen, die deshalb immer konformistischer werden, weil ihnen die Werbekunden abspringen und die ihr Heil auch in der Political Correctness suchen. Wir leben in der Zeit des Internet und der Sozialen Netzwerke und der Sozialen Medien. Da wird wahnsinnig viel Schwachsinn produziert, jede Form von Paranoia unterstützt, jedes Wahnsystem hat seine Website. Aber trotzdem: Es gibt unendlich viele Möglichkeiten der Selbstorganisation derer, die nicht mit dem Mainstream schwimmen wollen, die Rückkoppelung und Feedback bekommen und die vor allen Dingen Informationsquellen anzapfen können, die sie anderswo überhaupt nicht finden.

Ich persönlich könnte mir mein Bild von der Welt ohne bestimmte Portale der Sozialen Medien überhaupt nicht mehr machen. Und ich bin immer wieder verblüfft, was man da lernen kann, wovon man weder in der Tagesschau noch in den meisten Zeitungen etwas zu hören bekommt. Ich habe immer auch Hoffnung daraus geschöpft, dass meine eigenen Kinder gar kein Fernsehen schauen und meine Studenten auch nicht. Wie gesagt, es gibt auch die finstere Seite des Inter-

net, und zwar nicht nur das Dark Net, sondern einfach auch die Idiotie. Aber das spielt keine Rolle. Wichtig ist die Möglichkeit der Selbstorganisation derjenigen, die sich bisher isoliert gefühlt haben, auf Grund der berühmten „Schweigespire“, auf deren Funktion die eingangs erwähnte Elisabeth Noelle-Neumann als Erste hingewiesen hat.

Und schließlich der letzte Punkt, der mich optimistisch stimmt. Das ist das, was man einst „Freimut“ nannte. Dazu gehört eine gewisse innere Selbstständigkeit, der Mut, eine abweichende Meinung zu vertreten. Und dazu gehört auch das Zutrauen zum eigenen gesunden Menschenverstand. Denn wenn Sie - und die meisten von Ihnen leben ja in der wirklichen Welt, Sie haben einen ordentlichen Beruf, Sie tun tatsächlich irgendetwas Vernünftiges und sind nicht nur an der Universität oder im Bundestag - Ihrem gesunden Menschenverstand vertrauen, dann merken Sie, bei den meisten Themen, um die es in den letzten Jahren geht: Das ist Schwachsinn, Bullshit, dummes Zeug. Wenn Sie dann von N-Geschlechtern hören oder vom Null-CO2-Ausstoß oder von Feinstaub in irgendeiner Senke des Stuttgarter Hauptverkehrs und man Ihnen sagt, dass deshalb die ganze Welt verändert werden muss, dann merken Sie, dass das Unfug ist, absurd, gegen den gesunden Menschenverstand. Und wenn Sie etwas bewirken wollen in dieser Zeit, dann müssen Sie nichts anderes tun, als andere Leute zu finden, die auch noch ihrem gesunden Menschenverstand vertrauen.

**DER SPIEGEL**

Nr. 45 / 2.11.2019  
Schweiz Sfr 7,80



**MEI  
NUNGS  
FREI  
HEIT**

**Über echte  
und gefühlte  
Grenzen des  
Sagbaren**

**CDU-Machtkampf  
Hochsaison für  
Heckenschützen**

**Jagd auf Baghdadi  
Die letzten Tage  
des Terror-Kalifen**

**Tierquälerei  
Massensterben bei  
den US-Pferderennen**

© DER SPIEGEL 45/2019

**Das Thema Meinungs-un-freiheit geht durch alle Medien.**  
Umschlag des „Spiegel“ zur aktuellen Debatte  
über Meinungsfreiheit

## Von Free Speech zu Hate Speech – eine Dialektik der Aufklärung

Von Marc Jongen



für Äußerungen, die vielleicht anstößig sind, provokativ, vielleicht auch verletzend für einige, deren Tolerierung aber gerade der Prüfstein wäre, ob eine Gesellschaft sich noch frei und offen nennen darf oder nicht.

Mein Vortrag gliedert sich in 11 Thesen, die im Folgenden vorgetragen und kommentiert werden:

1) Artikel 5 Grundgesetz wird gebrochen in Deutschland. Eine Zensur findet wieder statt. Auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ernsthaft gefährdet.

Der Titel meines Vortrags soll zum Ausdruck bringen, dass wir es in den westlichen, sogenannten aufgeklärten, freien und demokratischen Gesellschaften mit einem besorgniserregendem Rückgang an politischen Freiheitsgraden und Äußerungsmöglichkeiten zu tun haben – für den ganz normalen Bürger, aber auch für Intellektuelle und Wissenschaftler. Die Ursache dafür ist das Einsickern totalitär-linken Gedankenguts in ehemals liberale Institutionen und Mentalitäten. Diese Entwicklung ist deshalb besonders schwer zu demaskieren, weil sie gerade unter Rückgriff auf aufklärerische Werte und Argumente legitimiert wird. Deshalb spreche ich von einer Dialektik der Aufklärung. Will heißen: Die liberalen Gesellschaften scheinen aus sich selbst heraus die Dämonen zu gebären, die am Ende für ihre Liquidierung oder zumindest für ihre schwere Gefährdung sorgen.

Free Speech steht hier nicht für die gleichnamige Bewegung an den US-amerikanischen Universitäten in den 1960er Jahren, sondern wird viel weiter gefasst, als aufklärerisches Ideal der freien Rede durch freie Bürger in einer freien Gesellschaft. Das steht am Anfang einer Entwicklung, deren negativer Endpunkt heute die sogenannte „Hassrede“ oder Hate Speech ist. In den meisten Fällen ist das ein rein denunziatorischer Begriff

Das lässt sich etwa an den Folgen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes sowie anhand der Medienberichterstattung über die sogenannte Flüchtlingskrise oder jüngst über die Ereignisse von Chemnitz demonstrieren. Für die Zukunft lassen die geplanten oder angedrohten Einschränkungen der Presse- und Redefreiheit im Rahmen des „Global Compact for Migration“ sowie die Pläne des Europäischen Rats zur „Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation im Internet“ weitere massive Eingriffe befürchten. Das habituelle Sperren regierungskritischer oder auch nur andersdenkender Personen auf Facebook aufgrund des Netzwerk-Durchsetzungsgesetzes, das immer wieder Bürger an ihrer freien Meinungsäußerung hindert und dafür bestraft, kennen Sie alle. Derzeit noch weniger bekannt sind die weiteren Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die die erwähnten Initiativen, vor allem der unselbige „Global Compact for Migration“, nach sich ziehen werden. Die AfD hat im Bundestag dafür gesorgt, dass über dieses Vertragswerk überhaupt erst gesprochen und debattiert worden ist. Die Altparteien hätten es sonst heimlich, still und leise durchgewinkt, und Frau Merkel hätte es in Marrakesch unterschrieben – was sie dann ja auch getan hat, allerdings unter lautem und argumentativ untermauertem Protest der AfD.

Sehen Sie sich diesen Vortrag live auf YouTube an!



Was steht nun in diesem Vertrag? Ich will es Ihnen kurz zitieren. Als Ziel 17 wird in diesem Vertrag die „Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung von Migration“ genannt. Das mag sich für das arglose Ohr noch irgendwie akzeptabel anhören. Dann kommt aber als Nummer 33 die Verpflichtung für die unterzeichnenden Staaten: „Wir verpflichten uns, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen und Äußerungen, Handlungen und Ausprägungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz gegenüber allen Migranten zu verurteilen und zu bekämpfen.“ Das Ganze soll zu einer „konstruktiveren Wahrnehmung von Migration und Migranten“ führen.

Man ahnt schon, auf welche massive Zensur die Sache hinausläuft. Wer noch Zweifel hat, der wird durch den nachfolgenden Klartext belehrt: „Wir werden a) Rechtsvorschriften erlassen, umsetzen oder aufrechterhalten, die Hassstraftaten und schwerere Hassstraftaten, die sich gegen Migranten richten, unter Strafe stellen, und Strafverfolgungs- und andere Beamte darin schulen, solche Straftaten zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren ...“ Die Beamten sollen also daraufhin „geschult“ werden, diese Straftaten überhaupt erst zu erkennen. Man sieht leicht, welche Form von Meinungsäußerungen hier unter Strafe gestellt werden sollen, nämlich solche, die auf den ersten Blick noch gar nicht als Straftaten erkannt werden können. Es soll mit anderen Worten eine Art Gehirnwäsche an den Beamten vollzogen werden. Auch die Medien sollen natürlich dementsprechend auf Linie gebracht werden, unter anderem „durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen- und begriffen, durch Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung und Werbung“ und durch Einstellung von Finanzierung solcher Medien, die diesen Standards nicht entsprechen und die sich damit der „Fremdenfeindlichkeit“ und des „Rassismus“ schuldig machen. Da wird Gesinnungsjournalismus von höchster Stelle aus installiert und herangezüchtet.

In eine ähnliche Richtung geht die Europäische Kommission. In einem sogenannten „Fact Sheet“

zur erwähnten „Bekämpfung von Desinformation im Internet“ vom 26. April 2018 steht: „Die Kommission fordert die Plattformen auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation spürbar zu verstärken.“ Es wird ein „ehrgeiziger Verhaltenskodex“ gefordert, der die „Selbstregulierung“ unterstützen soll. Und dann, als unverhohlene Drohung: „Sollten sich die Ergebnisse nicht als zufriedenstellend erweisen, könnte die Kommission weitere, auch regulatorische Maßnahmen vorschlagen.“ Wir müssen uns im Klaren sein: Dieser Prozess ist im vollen Gange und die AfD tut im Bundestag alles, um darüber aufzuklären und ihn aufzuhalten. Im Ausschuss für Kultur und Medien, dem ich als Obmann der AfD-Fraktion angehöre, ist das eines der Hauptthemen. Es ist völlig klar: Unterhalb dieser wohlklingenden Phrasen, die schon ihre eigentliche Intention, wenn man genauer hinhört, erkennen lassen, geht es um totalitäre Kontrolle der öffentlichen Meinung und Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Bürger. Dagegen ist Widerstand nötig.

2) Die politisch motivierte Einschränkung der Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit greift unmittelbar Artikel 1 Grundgesetz an: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Diese Würde liegt nämlich im geistigen Teil des Menschen begründet, zu dem, philosophisch gesehen, unabdingbar auch die (praktische und transzendente) Freiheit gehören. Das kann mit Verweisen auf die deutschen Idealisten Kant und Fichte gezeigt werden, deren Philosophien die Verfasser unseres Grundgesetzes inspiriert haben. Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit über die bestehenden Straftatbestände Verleumdung, üble Nachrede und Volksverhetzung hinaus beleidigt den Menschen in seinem geistigen/freien Wesen und widerspricht damit der freiheitlich-demokratischen Kultur der Aufklärung. Das ist ganz wichtig. Die Verletzung der Menschenwürde wird häufig mit der Einschränkung der körperlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen in Verbindung gebracht. Niemand darf hungern und frieren, jeder braucht ein Dach über dem Kopf und so weiter. Das ist alles schön und gut und richtig. Aber der geistige Teil des Menschen, der den Menschen eigentlich zum Menschen macht, nämlich die Fähigkeit, frei zu urteilen, seine Meinung zu bilden und sich zu äußern, ist eigentlich

der Kern der Menschenwürde. Insofern werden wir alle in unserer Menschenwürde beleidigt, wenn wir von unserer Regierung derart gegängelt und in unserer Redefreiheit eingeschränkt werden. Ich will nur stellvertretend aus der Vorlesung „Über die Würde des Menschen“ aus dem Jahr 1794 von Johann Gottlieb Fichte zitieren, der mit allerhöchstem Pathos die Menschenwürde preist und nach einer langen Aufzählung, was die geistige Freiheit ausmacht und wie diese erst das geistige Licht in der Welt und in der Natur aufgehen lässt, zu dem Schluss kommt: „Das ist der Mensch; das ist jeder, der sich sagen kann: Ich bin Mensch. Sollte er nicht eine heilige Ehrfurcht vor sich selbst tragen und schauern und erbeben vor seiner eigenen Majestät! – Das ist jeder, der mir sagen kann: Ich bin.“ Ein hohes, vielleicht überspanntes Pathos, aber es markiert den glanzvollen Beginn unserer bürgerlichen Freiheitstradition. Vergleichen Sie das mit dem Tiefpunkt, an dem wir heute angekommen sind, und Sie können die eklatante Diskrepanz mit Händen greifen.

3) In der Spät- oder Post-Moderne herrscht schon seit längerem eine „neue Unübersichtlichkeit“ dadurch, dass alle ehemals überschaubaren politischen Verhältnisse und Antagonismen in (oft mehrfacher) dialektischer Brechung vorliegen und sich mithin in paradoxer Gestalt präsentieren.

Im Hinblick auf das Thema Meinungsfreiheit bedeutet das, dass deren Einschränkung, einst von finsternen reaktionären Mächten betrieben, heute im Namen der Aufklärung, der freien, „toleranten“ und „weltoffenen“ Gesellschaft gefordert wird. Das heißt, die Ideen und Begriffe, die im Morgengrauen der Aufklärung zur Emanzipation des Menschen aus geistiger Knechtschaft und politischer Unfreiheit hin zu einer Gesellschaft freier Bürger geführt haben, drohen jetzt zur Errichtung eines neuen geistigen Zwangsregimes missbraucht zu werden.

Man kann das am Beispiel der Toleranz sehr gut nachvollziehen. Der Toleranzgedanke hat sich in seiner modernen Form in der religiösen Sphäre herausgebildet, zunächst ging es um die Gewissensfreiheit, die Martin Luther jedem Einzelnen zugestanden hat. Niemand kann nach Luther zwangsbekehrt werden, der Glaube an Jesus Christus ist ein Geschenk des Heiligen Geistes,

er kann nicht mit Gewalt erzwungen werden. Daraus ergibt sich die Gewissensfreiheit, aus der sich allmählich der Toleranzgedanke entwickelt hat. In der Aufklärungszeit wurde er über die religiöse Sphäre hinaus erweitert. Nicht nur die andere Konfessionen sollen jetzt toleriert werden, sondern auch andere Haltungen einschließlich des Atheismus. Andersdenkende insgesamt sind in ihrer Andersheit zu akzeptieren. John Locke ist hier zu erwähnen, als wichtiger Autor mit Schriften über die Toleranz, auch Voltaire, oder denken Sie an Nathan den Weisen von Lessing. All das sind wichtige Meilensteine. Die europäische Aufklärung bringt eine enorme Aufwertung des Individuums mit sich, nämlich das glauben und denken zu können, was man will, wie auch öffentlich vertreten zu können, was der inneren Überzeugung und dem Gewissen entspricht. Für diese positive Toleranzhaltung, die wir uns in Europa erkämpft haben, und auf die wir stolz sein können, haben viele Männer und Frauen ihr Blut vergossen.

Wenn wir diesen Toleranzgedanken nun aber an eine Religion oder Kultur wie den Islam herantragen, der die Aufklärung und diese Kämpfe nicht durchgemacht hat, dann erwachsen daraus ernsthafte Probleme. Es gibt nämlich berechtigten Grund zur Sorge, dass der Islam, sobald seine Anhänger in der Mehrheit oder auch nur zahlreich genug sind, die Toleranz nicht üben wird, die seine Funktionäre jetzt noch so wohlfeil im Munde führen. Darauf aufmerksam zu machen, ist die Pflicht eines jeden wachsamem Staatsbürgers und frei denkenden Menschen. Kein Geringerer als der erliberale Philosoph Karl Popper hat das Prinzip dazu in seinem Buch aus den 1940er Jahren „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ formuliert. Er plädiert darin für die offene, tolerante Gesellschaft, benennt aber auch eine klare Grenze der Toleranz. Man müsse gegen die Intoleranten selbst Intoleranz üben, weil diese sonst die tolerante und offene Gesellschaft am Ende zerstören werden! Wir, die AfD und alle, die ihr geistig nahestehen, warnen seit Jahren vor solchen Entwicklungen, blicken auf die Schwierigkeiten und Gefahren, die mit dem Islam verbunden sind, und sagen klar: keine Toleranz gegenüber den Intoleranten! Die schlechten Erben der Aufklärung, die Linken, greifen uns dafür an, denunzieren uns als die Feinde der offenen Gesellschaft und pervertieren damit vollkommen den Toleranzgedanken.

In ihrem Mund ist „Toleranz“ zu einem Ekelwort geworden, das wir nicht mehr hören können, weil sein ursprünglicher Sinn vollkommen entstellt wurde. Toleranz heißt Respekt vor dem Individuum, nicht Vergötzung von Kulturen, die die Individual- und Freiheitsrechte mit Füßen treten.

4) Den Grundgedanken einer solchen „Dialektik der Aufklärung“ – dass eine gut gemeinte Tendenz zur Emanzipation aus erniedrigenden und unterdrückenden Verhältnissen am Ende in eine Welt führt, die „im Zeichen triumphalen Unheils strahlt“ – haben Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in ihrem gleichnamigen Buch aus den 1940er Jahren klassisch umrissen.

Dass die Erben der „Kritischen Theorie“ heute selbst dazu beitragen, eine „Dialektik der Aufklärung“ innerhalb der Tradition der Kritischen Theorie dergestalt zu wiederholen, dass sie den Idealen und Zielen der Aufklärung – oftmals bonafide – zuwiderhandeln, kann als ironische Bestätigung der Thesen Adornos und Horkheimers betrachtet werden. Was ist damit gemeint? Die These von Horkheimer und Adorno besagt, dass der Vernunftgebrauch, der den Menschen befreien und aus unterdrückenden Verhältnissen herausführen sollte, am Ende dazu geführt hat, dass er sich in den schlimmsten gegenseitigen Unterdrückungs- und Entfremdungsverhältnissen wiederfindet.

Das Buch ist während des Zweiten Weltkriegs geschrieben, wodurch man vielleicht versteht, wie diese düstere Sicht zustande kommt. Philosophisch ist das natürlich eine hochumstrittene These, gegen die man vieles einwenden kann. Die Erben der Kritischen Theorie, die heutigen Linken, sorgen aber verstörender Weise dafür, dass genau das eintritt, was Adorno und Horkheimer beschrieben haben. Man könnte auch von einer selbsterfüllenden Prophezeiung sprechen. Die linke Art des „Vernunftgebrauchs“ führt in eine Welt, in der man sich nicht mehr frei äußern kann und in der wir Angst haben müssen, dass unsere Autos angezündet werden oder Schlimmeres geschieht. Das ist eine ironische „Dialektik der Aufklärung“ zweiten Grades, herbeigeführt von der Linken selbst. Soweit meine Pointe für die philosophisch Interessierten.

5) Anhand des Weges von Free Speech (wie von Baruch de Spinoza, John Locke, Voltaire, John Stuart Mill und anderen theoretisch begründet) zu Hate Speech (ein aus den USA stammender und dort u. a. von Catharine MacKinnon, Charles Lawrence, Mari Matsuda und Richard Delgado prominent vertretener politischer Kampfbegriff) lässt sich die „Dialektik der Aufklärung“ neueren Typs gut veranschaulichen: Wo früher großmütig auch explizit falschen und anstößigen Positionen das Recht zur öffentlichen Verlautbarung zugestanden wurde, wird heute der böse Blick des Verdachts auf immer zahlreichere Meinungsäußerungen geworfen, schreitet die Kriminalisierung und Pathologisierung „politisch unkorrekter“ Äußerungen – als „Hassverbrechen“ – immer weiter voran.

Das Konzept der Hassrede wurde an den Universitäten der USA ausgebrütet und ist inzwischen auch in Europa in die Phase der politischen Umsetzung eingetreten. Das heißt, man versucht es in Gesetze zu gießen und Straftatbestände daraus zu konstruieren. Sprachphilosophisch gesehen basiert es auf der problematischen Annahme, es gäbe Sprechakte, die unmittelbar zugleich Taten sind. Anders gesagt, es gäbe Äußerungen, die für sich genommen schon ein Verbrechen, ein sogenanntes Hassverbrechen, darstellen. Man nimmt also an, dass diese Worte so sehr verletzen, dass sie der Schwere nach einer Körperverletzung gleichkämen. Damit wird aber die Empfindsamkeit und Empfindlichkeit derjenigen, die sich von diesen Worten verletzt fühlen, zum Maßstab dessen gemacht, was noch erlaubt ist und was nicht mehr erlaubt ist, was, wie es heißt, „politisch korrekt“ ist. Gemeint sind die „Schneeflocken-Studenten“, die sich an den amerikanischen Universitäten tummeln und die sich von der kleinsten Andeutung einer Herabsetzung beispielsweise ihrer ethnischen Gruppe oder ihres Geschlechts schon derart verletzt fühlen, dass sie sich in sogenannte „Safe Spaces“, Schutzräume, flüchten müssen, wo sie sich dann erholen können. Diese Art von Kinderzimmern wird in den USA ganz offiziell an den Universitäten installiert. Ganz so weit ist es bei uns noch nicht, aber wir sind auf dem besten Weg dorthin, und dem muss unbedingt Einhalt geboten werden, weil hier ein ernsthafter Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit stattfindet. Es werden bereits literarische Klassiker von potentiell anstößigen Stellen gereinigt,

mit „Trigger Warnings“ ausgestattet, oder aus Rücksicht auf zartbesaitete Seelen ganz aus dem Lehrplan gestrichen. Daher gilt:

6) „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden.“

Das darf aber nicht nur innersozialistisch gelten, wie von Rosa Luxemburg ursprünglich gemeint, sondern universell. Da gerade der Andersdenkende im Verdacht steht, von Hass getrieben zu sein, öffnet ein Straftatbestand „Hassrede“ einer giftigen Verdachtshermeneutik Tür und Tor und liefert den Regierungen die Gelegenheit, unliebsame politische Gegner durch Kriminalisierung zu bekämpfen, den demokratischen Meinungsstreit damit zu suspendieren.

Um das zu vertiefen, müsste man ein Buch des russischen Philosophen Boris Groys aufschlagen: *Unter Verdacht: Eine Phänomenologie der Medien*. Dort könnte man lernen, dass die Medien bereits ihrer Struktur nach so angelegt sind, dass sie derartige Unterstellungen, Projektionen und Verdachtsstimmungen extrem befördern. Das Internet ist der ideale Nährboden für Verschwörungstheorien. In diesen Medienräumen, in denen man nie weiß, wer eigentlich dahintersteckt, wer der Urheber der Texte und Bilder ist, die da auf den medialen Oberflächen aufflackern, kann das Nazi-Phantom natürlich wunderbar gedeihen und geistern. Man weiß nie: Wer ist jetzt Nazi und wer nicht? Man kriegt ihn nicht zu fassen, und es gibt ja wahrscheinlich nur noch sehr wenige echte Nazis in Deutschland. Ich habe noch keinen kennengelernt, muss ich gestehen. Die Neonazi-Gruppen sind ein unappetitliches Phänomen, aber überschaubar und sämtlich polizeibekannt. Dennoch geistert das Nazi-Phantom auf den Medien-Oberflächen herum und suggeriert Allgegenwart. So kann eine inflationäre Nazi-Vermehrung stattfinden und die AfD dieser Hexenjagd unterzogen werden, die wir tagtäglich erleben. Als Rechtfertigung für die Sachbeschädigungen, körperlichen Angriffe und beruflichen Diskriminierungen, die wir ertragen müssen, wird angeführt, die AfD würde „Hass schüren“. Einen Beweis bleibt man schuldig. Wenn dagegen die Antifa und ihre linken Freunde auf den Straßen Berlins oder anderswo lautstark die Parole skandieren „Ganz Berlin hasst die AfD!“, dann gilt das nicht als Hassrede. Seltsamer Widerspruch.

7) Die Verurteilung von Hate Speech hat einen berechtigten Kern.

Dem ist im bisherigen deutschen Strafrecht durch §§ 185 bis 188 StGB aber schon hinreichend Rechnung getragen (üble Nachrede, Verleumdung usw.). Darüber hinaus ist es nicht möglich, einen etwaigen Straftatbestand oder Zensurgrund „Hassrede“ definitorisch so einzugrenzen, dass er nicht zumindest grob missbrauchsanfällig wäre und die Gründe, die gegen ihn sprechen, deutlich überwögen.

Das lässt sich anhand der Beispiele für Hate Speech der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung oder Landesmedienanstalten deutlich machen. Auf einem übersichtlichen Informationsblatt, das auch im Internet zu finden ist, sind folgende Musterbeispiele für Hate Speech aufgeführt: 1. „Bewusste Verbreitung uninformierter oder falscher Aussagen“, wie zum Beispiel: „Flüchtlinge haben alle teure Handys“ oder „Flüchtlinge müssen im Supermarkt nicht bezahlen“. Man sieht: Das sind keine groben Beleidigungen, sondern eher generalisierende Tatsachenbeobachtungen. Sehr viele sogenannte Flüchtlinge sind tatsächlich mit Handys unterwegs, daher auch die massenweise Verbreitung der „Merkel-Selfies“ als Einladungssignale in alle Welt. Auch gibt es Fälle, in denen Flüchtlinge im Supermarkt nicht bezahlt haben, da die Verkäuferinnen aus einem falsch verstandenen Toleranzgedanken heraus angewiesen wurden, das einfach zu tolerieren. Das namhaft zu machen, gilt jetzt als „Hassrede“. Generalisierung ist verboten, es handelt sich sämtlich um „Einzelfälle“, egal wie gehäuft sie vorkommen. 2. „Bedienen von Stereotypen und Vorurteilen durch bestimmte Begriffe und Sprachmuster“ wie zum Beispiel: „Homo-Lobby“, „Asylantenflut“, „Das Boot ist voll“, „Ausländer raus“ oder „drohende Islamisierung“. „Ausländer raus“ ist tatsächlich eine üble Parole, die zu beanstanden ist. Inwieweit sie kriminalisiert werden muss, ist eine andere Frage. Zu „drohende Islamisierung“ folgendes: Ein Gericht in Koblenz hat kürzlich ein lokales Burkini-Verbot wieder aufgehoben. Wir müssen diese seltsame islamische Bademode hinnehmen, können uns nicht dagegen wehren. Und ruft nicht bereits vielerorts in Deutschland der Muezzin vom Minaret? Berechtigte Kritik daran und sogar die Tatsachenbeobachtung selbst sollen als Hass-

rede diffamiert und verboten werden. Das steht ganz klar im Widerspruch zum Grundsatz der Meinungsfreiheit.

8) Ein (selten vernommenes) Hauptargument gegen das Konzept der „Hassrede“ ist die Schwierigkeit, die Emotion des Hasses von der des Zorns – der ein „gerechter“ sein kann, wenn er sich auf tatsächliche Missstände bezieht –, klar genug abzugrenzen.

Wer auch den „gerechten Zorn“ verbieten will, erzieht die Bevölkerung zu politischer Lethargie und zu lämmerhaftem Duldetum gegenüber Willkürherrschaft und Unterdrückung. Auch dies ist ein Anschlag auf die Menschenwürde und eine Anleitung zur politischen Unmündigkeit. In diesem Zusammenhang habe ich des Öfteren von der antiken Seelen-Lehre gesprochen und dort den Thymos hervorgehoben, der neben dem Logos und dem Eros einer von drei Seelen-Bereichen ist, wie klassisch bei Platon beschrieben. Während der Logos der vernünftige Teil und Eros der begehrende Teil des Menschen ist – der Teil, der uns auch zu Konsumenten macht –, umfasst der thymotische Teil alles, was mit Stolz, mit Ehre mit Gerechtigkeitsinn, mit Zorn wie auch den übleren Emotionen in dieser Richtung zu tun hat. Dieser thymotische Bereich ist der des Politischen, in dem sich die Kämpfe um Macht und Anerkennung abspielen.

Dazu eine kleine Anekdote. Ich war vor kurzem zu einem Podiumsgespräch bei der „Deutschen Welle“ eingeladen, an dem auch Frau Thea Dorn teilnahm – ihr Künstlernamen leitet sich übrigens von Theodor W. Adorno ab. Frau Dorn verkündete zu diesem Thema tatsächlich, dass der Thymos in der Politik keine Rolle spielen dürfe, das führe nur zu übler Aufhetzung des Volkszorns. Genau diese Haltung liegt dem zugrunde, was als „Postpolitik“ bezeichnet worden ist. Die Bürger sollen sich nicht mehr leidenschaftlich engagieren. Sie sollen zu leicht manipulierbaren, indoktrinierbaren Konsumenten erzogen werden, die von den Medien und der Politik mit den Phrasen versorgt werden, die ihnen vorgaukeln, sich als denkende und vor allem auch moralisch hochstehende Personen zu begreifen. Während in Wahrheit die Voraussetzung für Denken wie auch für Moralität die geistige Freiheit ist, die ihnen aberzogen wurde.

Ich fühle mich da immer an Monty Pythons Film „Das Leben des Brian“ erinnert. In einer Szene versucht Brian, der zu seinem großen Verdruss für den Messias gehalten wird, dem Volk zu erklären, dass es nicht nötig ist, einem Messias zu folgen, und die Leute zum Selbstdenken zu animieren. Er sagt: „Ihr seid doch alle Individuen. Und jeder von euch sollte versuchen, es für sich selbst rauszufinden“ Und unten steht die Masse, und antwortet wie aus einem Mund: „Ja, wir sind alle Individuen. Und wir sollten versuchen, es für uns selbst rauszufinden.“ Zu einer solchen Masse sollen wir heute systematisch erzogen werden. Die Parolen der Aufklärung phrasenhaft wiederholend – und damit deren Sinn Hohn sprechend.

9) Weitere, vor allem sprachphilosophisch fundierte Argumente gegen die Kriminalisierung oder Zensur von Hate Speech hat Judith Butler, die Hohepriesterin des Genderismus, in ihrem Buch „Hass spricht“ von 1997 vorgelegt.

Als sie 2011 den Adorno-Preis in Deutschland verliehen bekam und aus diesem Anlass absurderweise des Antisemitismus bezichtigt wurde, hat sie sich mit Argumenten verteidigt, die auch in der heutigen Debatte um angebliche „Hassverbrechen“ Gültigkeit besitzen. Das hinderte Frau Butler allerdings nicht, gegen den Auftritt des Aktivisten Milo Yiannopoulos an der Universität Berkeley wie auch gegen meinen Auftritt am Hannah Arendt Center in New York (am 12.10.2017) zusammen mit anderen US-Intellektuellen in einem offenen Brief zu protestieren. Folgendes Zitat stammt aus einem früheren Aufsatz von Frau Butler, sie nahm darin den Autor Lawrence Summers in Schutz, der als Antisemit bezeichnet wurde, weil er Israel-Kritik geübt hatte. Ins Deutsche übersetzt stand da: „Was gebraucht wird, ist ein öffentlicher Raum, in dem solche Themen überlegt debattiert werden können, und es gilt zu verhindern, dass dieser Raum von bestimmten Arten des Ausschlusses und der Zensur definiert wird. Die Welt des öffentlichen Diskurses wäre eine, von der kritische Perspektiven ausgeschlossen wären – wenn es Zensur gäbe – und die Öffentlichkeit würde dahinkommen sich selbst so zu verstehen, dass sie im Angesicht von offensichtlicher und illegitimer Gewalt nicht frei spricht.“

In meinem Vortrag am Hannah Arendt Center in New York sagte ich unter anderem, dass die Ju-

den in Frankreich heute das Land in großer Zahl verlassen und zwar nicht wegen der Populisten, sondern weil sie zunehmend von muslimischen Antisemiten attackiert werden. Die illegale Masseneinwanderung hat zu vielen Gewaltverbrechen und zu einer Erhöhung der Kriminalitätsrate geführt. Genau das wird mir nun von Frau Butler und ihren Gesinnungsgenossen als Islamophobie, als Rassismus ausgelegt, und meine Einladung an das Hannah Arendt Center in einem offenen Brief scharf kritisiert und als Fehler bezeichnet. Das zeigt in aller Deutlichkeit:

10) Es fällt der linksliberalen akademischen Welt äußerst schwer, ihren eigenen besten Einsichten in Bezug auf die Meinungsfreiheit im Angesicht tatsächlich „anderer“ Meinungen treu zu bleiben.

Ihr habituelles Anlegen doppelter Standards – je nachdem ob die „Guten“ oder die „Bösen“ sprechen –, lässt ein Konzept wie Hate Speech als Teil einer übergeordneten politischen Agenda erscheinen, in der es nicht um die Durchsetzung universeller Menschenrechte, sondern um die Interessen- und Machtpolitik wohldefinierter Gruppen geht. An dieser Stelle noch ein Verweis auf das Buch „Hass spricht“ von Judith Butler, das interessanterweise ein starkes Plädoyer für eine möglichst weitreichende Redefreiheit enthielt – damals, 1997, als sie sich noch in der Minderheit wähnte. In einer rezenten Besprechung des Buches heißt es dazu: Dieses Plädoyer Butlers „erfolgt aus der Überzeugung, dass die Mächtigen auch in der Zensur Wege finden, ihre Position zu vertreten. Nur wenn der Möglichkeitsraum weit offengehalten wird, haben die Minoritäten eine Chance, gehört zu werden. Man kann, so Butler, der Instrumentalität des Sprechens nicht entgehen. Versucht man es doch, läuft es auf eine Zensur hinaus, in der der Zensor gewollt oder ungewollt seine Kategorien zur universellen Moral erhebt.“

Schöne Worte. Sobald sie an der Macht sind, erheben die Linken ihre Kategorien allerdings zur universellen Moral und werden ihren früheren Bekenntnissen untreu. Es gibt letztlich keine universelle Moral. Und wenn es sie gibt, dann ist sie sozusagen nur von der göttlichen, aber von keiner menschlichen Position aus einsehbar. Es

sind immer Interessen, die die Position dieser All-gemeingültigkeit für sich präbendieren und usurpieren, die beanspruchen, die Kriterien dafür zu definieren. Sobald das geschieht, begeben wir uns auf den Weg in eine totalitäre Gesellschaft. Das droht heute und das gilt es zu verhindern. Wahrer Liberalismus, der fast schon ausgestorben ist, besteht darin, an diesem Punkt Widerstand zu leisten. Mir scheint, dass für die Linken selbst gilt, was diese immer über den Kapitalismus behauptet haben, nämlich der Kapitalismus werde an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen. Die Linke wird an ihren Widersprüchen zugrunde gehen!

11) Freiheit ist eine Frage der Form, nicht der Inhalte.

Es gilt daher zu verhindern, dass sich der öffentliche Raum in ein nur noch machtgetriebenes politisches Kampffeld verwandelt, in dem die linksliberalen Kräfte Beute der Linksradikalen und die freiheitlich-rechten Kräfte Beute der Rechtsradikalen werden, was eine unversöhnliche und gefährliche Polarisierung zur Folge hat – ihre Auswirkungen sind bereits sichtbar. Alle, denen am Erhalt der liberalen Gesellschaft und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelegen ist, sollten daran mitarbeiten, den Raum des Diskurses, in dem die besten Argumente gewaltfrei miteinander ringen, möglichst weit offen zu halten. Deswegen sind Veranstaltungen wie die heutige, ist die gesamte Arbeit der Desiderius-Erasmus-Stiftung so wichtig. Denn genau das geschieht hier: ein Offenhalten des Diskursraumes in Zeiten sich verengender Spielräume.



**Der Genius der Freiheit trägt den „Hut der Freiheit“, ein bis auf die europäische Antike zurückgehendes Symbol**

Detail am Grabmal Fürst Wilhelm I. von Oranien-Nassau, genannt der Schweiger, Führer der Niederlande im Freiheitskampf, der Nieuwe Kerk, Delft, 1623 vollendet.

## Meinungsfreiheit in „Merkel-Deutschland“?

Von Vera Lengsfeld



Um es gleich am Anfang zu sagen: Es gibt Meinungsfreiheit in Deutschland, aber sie steht nur noch auf dem geduldigen Papier, auf das unser Grundgesetz gedruckt ist. Das war in der DDR auch so. Art. 27 der DDR-Verfassung begann mit dem Satz: „Jeder Bürger der DDR hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern“. Der Pferdefuß war in einem Nebensatz versteckt und lautete: Im Rahmen dieser Verfassung. Dieser Rahmen erwies sich als sehr eng, wie ich selbst mehrfach erfahren habe, am krassesten, als ich im Januar 1988 versuchte, mit einem Plakat, auf dem dieser Satz stand, an einer von der SED organisierten Demonstration teilzunehmen, die zu Ehren von Rosa Luxemburg veranstaltet wurde, der wir den Satz verdanken: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“.

Auf meinem Transparent stand der Anfang von Artikel 27 der Verfassung der DDR. Dieser Satz brachte mich ins Stasigefängnis nach Hohenschönhausen. Als die DDR unterging, war ich der Überzeugung, im neuen Deutschland würde ich nie wieder Probleme mit der Meinungsfreiheit bekommen. Das war leider ein Irrtum. Im Jahr 2019, dem dreißigsten Jahrestag des Mauerfalls, ist die Meinungsfreiheit in Deutschland praktisch abgeschafft. Jeder Abweichler von den politisch-kor-

rekten Vorgaben der Meinungsmacher in Politik und Medien, jede Kritik an der Regierungspolitik, wird inzwischen unter Kuratel gestellt. Das geht, wie wir erfahren mussten, bis hin zu der totalitären Forderung, Kritikern die Grundrechte nach Artikel 18 des Grundgesetzes zu entziehen, wie es jüngst der Ex-Generalsekretär der CDU Peter Tauber getan hat und unser Innenminister Horst Seehofer jetzt „prüfen“ will. Dass beide damit keineswegs wirkliche Verfassungsfeinde, sondern Verteidiger von Demokratie und Rechtsstaat meinen, zeigt schon die Aufzählung Taubers, der Mitglieder seiner eigenen Partei genannt hat. Sein Vorgänger im Amt des Generalsekretärs, Ruprecht Polenz, hat sogar zu „Säuberungen“ aufgerufen und sich damit in stalinistische und maoistische Traditionen gestellt. Wirklich beunruhigend ist aber, dass aus der Union kein Widerspruch kam. Damit ist klar, dass die Union als Korrektiv zu rot-rot-grünen antidemokratischen Bestrebungen ausfällt.

Den Deutschen wird nachgesagt, dass sie Sicherheit gegenüber der Freiheit bevorzugten und bereit seien, der Einschränkung von Freiheit zuzustimmen, wenn sie vor die Wahl gestellt würden, zwischen beiden Werten zu entscheiden. Ob das wirklich auf die Mehrheit der Deutschen zutrifft, oder ob es sich um eine der vielen herrschaftsstabilisierenden Legenden handelt, will ich nicht untersuchen.

Mein Thema sind die vielen Deutschen, die sich in allen Jahrhunderten für die Freiheit stark gemacht haben. Auf den Fahnen des Bauernkrieges stand „fryheit“, nicht Vielfalt oder ein anderes der Modewörter, die heute als Freiheits-Ersatz kolportiert werden.

Kann man über die Bauernkrieger noch geteilter Meinung sein, weil Teile der Bewegung von Radikalen wie Thomas Müntzer dominiert wurden, sollte es unstrittig sein, dass die heute von der

Sehen Sie sich  
diesen Vortrag live  
auf YouTube an!



linken Meinungsmache geschmähten Burschenschaftlichen Vorkämpfer für die Freiheit waren.

Die Teilnehmer des Hambacher Festes von 1832 ersehnten und forderten die Freiheit, die uns heute peu à peu wieder entzogen wird. Unser Freiheitsdichter Friedrich Schiller hat es auf den Punkt gebracht: „Die ganze Weltgeschichte ist ein ewig wiederholter Kampf der Herrschsucht gegen die Freiheit“. Wir erleben das heutzutage hautnah mit. Wieder haben wir die Freiheit gegen die Herrschsucht einer politischen Clique zu verteidigen, die ihre Macht im Namen von Buntheit, Vielfalt, Weltoffenheit und anderen Wiesel-Wörtern, wie August Friedrich Hayek sie bezeichnen würde, zementieren wollen. Das ist die alte Geschichte, die nur immer wieder neu erzählt wird.

Klingt Jacob Friedrich Siebenpfeiffers Rede, die er 1832 auf Schloss Hambach hielt, nicht brandaktuell?

„... Wir widmen unser Leben der Wissenschaft und der Kunst, wir messen die Sterne, prüfen Mond und Sonne, wir stellen Gott und Mensch, Höll' und Himmel in poetischen Bildern dar, wir durchwühlen die Körper- und Geisterwelt: aber die Regungen der Vaterlandsliebe sind uns unbekannt, die Erforschung dessen, was dem Vaterlande Noth thut, ist Hochverrath, selbst der leise Wunsch, nur erst wieder ein Vaterland, eine frei-menschliche Heimath zu erstreben, ist Verbrechen. Wir helfen Griechenland befreien vom türkischen Joche, wir trinken auf Polens Wiedererstehung, wir zürnen, wenn der Despotism der Könige den Schwung der Völker in Spanien, in Italien, in Frankreich lähmt, wir blicken ängstlich nach der Reformbill Englands, wir preisen die Kraft und die Weisheit des Sultans, der sich mit der Wiedergeburt seiner Völker beschäftigt, wir beneiden den Nordamerikaner um sein glückliches Loos, das er sich muthvoll selbst erschaffen: aber knechtisch beugen wir den Nacken unter das Joch der eigenen Dränger; wenn der Despotism auszieht zu fremder Unterdrückung, bieten wir noch unsern Arm und unsere Habe; die eigene Reformbill entsinkt unsern ohnmächtigen Händen ...“

Ein paar kleine Änderungen nur und wir haben den aktuellen Zustand Deutschlands.

Was wollt ihr eigentlich, fragen die Gegner der Freiheit, wir haben doch alles, was die Freiheitskämpfer immer wollten: Demokratie, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, ein Grundgesetz, freie und geheime Wahlen und Wohlstand für alle. Ja, auch Zuckererbsen für jedermann, wie es sich der Zeitgenosse der Hambacher Festgesellschaft, Heinrich Heine, wünschte, sogar für jene, die sie nicht mit eigenen Händen erwarben. Es sind alle Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle vorhanden. „Noch“ muss man hinzufügen, denn jene, die von Herrschsucht getrieben werden, sind gerade dabei, diese Grundlagen nachhaltig zu zerstören.

Fangen wir bei der Meinungsfreiheit an, die Voraussetzung für alle andern Freiheiten ist. Jeder kann seine Meinung frei und öffentlich äußern, so wie es das Grundgesetz garantiert, wird uns entgegengehalten. Widerspruch müsse man dabei in Kauf nehmen. So weit, so gut. Aber wie sieht die Realität aus?

Nehmen wir die „Gemeinsame Erklärung 2018“, mit der mehr als 160.000 Bürger unseres Landes die Wiederherstellung von Recht und Gesetz an den Grenzen unseres Landes fordern. Sie lautete:

„Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Es gab zahlreiche Reaktionen in den Medien, die wenigsten waren sachlich. Die Petenten hatten offenbar einen wunden Punkt getroffen. Noch nie sind zwei klare Sätze solchen Exegesen unterzogen worden. Die Kritik bezog sich dann vor allem darauf, was man uns unterstellte, nicht darauf, was wir wollen: Die Wiedereinsetzung der Rechtsstaatlichkeit.

Zu den öffentlichen Reaktionen gehört, dass Unterzeichnern zum Teil existenzbedrohende Sanktionen angedroht wurden. Der Verleger des LIT-Verlages Wilhelm Hopf wurde durch eine Kampagne zu einem Widerruf gezwungen, der an stalinistische Zeiten erinnert. Das ist kein Ruhmesblatt für die „Demokraten“, die das erzwungen haben. Denen ist ihr Vorgehen aber gar nicht

peinlich. Im Gegenteil: Die Wissenschaftlerin Julia Ebner verkündet ohne schamrot zu werden, dass sie mit ihrer „Forschungsgruppe“ alle 2018 Erstunterzeichner unserer Erklärung durchleuchtet hätte. Die meisten hätten ein „rechtes Umfeld“.

Schamloseste Schnüffelei unter Verletzung aller Datenschutzbestimmungen ist heute nicht nur salonfähig, sondern wird von den Medien eifrig gefördert und verbreitet. Ebner leitet die Online Civil Courage Initiative, ein Netzwerk mit über einhundert NGOs, die im deutschsprachigen Raum gegen die „Hassreden“ im Netz kämpfen. Dabei wird „möglichst innovativ“ vorgegangen. Es werden Fake-Identitäten aufgebaut, um Vertrauen zu erwerben, das es ermöglicht, interessante Informationen zu bekommen. Das kenne ich nur zu gut. Die Staatssicherheit nannte solche Fake-Identitäten „Inoffizielle Mitarbeiter“. Das Innovative an den Netz-IM ist, dass sie im eigenen Auftrag unterwegs sind.

Dieses Beispiel, das zeigt, wie schlimm es um die Meinungsfreiheit in unserem Land bestellt ist, könnten weitere hinzugefügt werden. So wurde in einem Kommentar der taz gefordert, dass Leute wie die Unterzeichner der Erklärung so angeprangert werden müssten, dass sie sich nicht mehr zum Bäcker trauen können. Tatsächlich wird von linken und keineswegs nur von linksradikalen Gruppen immer mal wieder gefordert, diesem oder jenem Andersdenkenden kein Podium zu bieten, keinen Raum zu vermieten, kein Obdach zu gewähren, kein Essen und kein Bier zu servieren. Wirte, die sich diesen Vorgaben nicht beugen wollten, wurden schon mitten unter uns in Deutschland in den Ruin getrieben - und kaum einer hat es gemerkt. Das erinnert an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte, was denen, die solche Forderungen stellen und entsprechende Kampagnen betreiben, offenbar nicht auffällt.

In einer Demokratie gibt es normalerweise eine demokratische Rechte, wie es eine demokratische Linke gibt. In Deutschland ist diese Balance außer Kraft gesetzt, weil Politik und veröffentlichte Meinung alles anprangern, was dem linken Mainstream widerspricht. Es gibt keine Debatten mehr, keinen Austausch und kein Abwägen unterschiedlicher Argumente. Das ist Gift für eine funktionierende Demokratie. Das heutige Deutschland wird einer Gesinnungsdiktatur immer ähnlicher. Um

diese Schiefelage wieder ins Lot zu bringen, braucht es die Rückkehr der politischen Debatte.

Von den „Rechten“ wird ständig Distanzierung verlangt, die Linke dagegen denkt gar nicht daran, sich von Verbalradikalismus à la „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ oder der Gewaltanwendung der Antifa zu distanzieren. Die grölende, prügelnde, Steine schmeißende Antifa ist willkommenes Mitglied im „Bündnis gegen rechts“. Inzwischen wird mit klammheimlicher Freude goutiert, dass die Antifa Wohnungen von NPD-Angehörigen zerstört. Eine Bibliothekarin soll nach dem Willen von Studenten der TU Dresden ihren Beruf nicht mehr ausüben, weil sie es wagte, in der Kommunalwahl für die AfD zu kandidieren. Man muss aber weder Mitglied noch Sympathisant der AfD sein, um ins Visier der Freiheitsfeinde zu geraten. Es genügt, sich dafür auszusprechen, dass mit dieser Partei, die so demokratisch ist, dass sie trotz politischen Drucks nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden kann, demokratisch umgegangen werden soll, um Sanktionen zu erfahren. Da wird einem schon einmal das persönliche Konto gekündigt, das man immer tadellos geführt hat. Solche illegalen Aktionen werden mit „zivilgesellschaftlichem Engagement gegen rechts“ begründet. So höhlt der staatlich geförderte „Kampf gegen rechts“ die Rechtsstaatlichkeit aus.

Als die Grenzöffnung täglich zehntausende Einwanderer anzog, also auf dem Höhepunkt der illegalen Masseneinwanderung, sagte Angela Merkel in der Sendung „Was nun?“ des ZDF am 13. November 2015: „Ich kämpfe für den Weg, den ich mir vorstelle, für meinen Plan, den ich habe, ... aus Illegalität Legalität zu machen“.

Die Kanzlerin hat damit in aller Deutlichkeit klar gemacht, dass es sich nicht um einen Unfall handelte, als sie im September 2015 die Grenzen für eine beispiellose Masseneinwanderung öffnete, sondern dass es ihr Plan war. Inzwischen wird der ungesetzliche Zustand an unseren Grenzen zu einer Art Gewohnheitsrecht erklärt. Es wird behauptet, es gäbe gar keinen Gesetzesbruch an unseren Grenzen. Das wäre eine „rechte Erfindung“. Das sagen zum Teil dieselben Leute, die 2015 noch unsere Kanzlerin dafür gelobt haben, dass sie die Moral höher gestellt hat, als die Gesetze.

Was ihr Plan ist, hat die Kanzlerin der Bevölkerung bis heute nicht verraten. Aber langsam wird klar, dass die Masseneinwanderung verstetigt werden soll, hinter dem Rücken der Bevölkerung, die das mit großer Mehrheit ablehnt. Einerseits wird auf allen Kanälen geleugnet, dass die Masseneinwanderung ungebremst weiter geht, indem man die täglich 500 illegalen Einwanderer in unser Land, was im Jahr an die 200 000 ergibt, zum „Tröpfeln“ erklärt. Andererseits taucht der einwandernde Familiennachzug anerkannter Asylbewerber in keiner Einwanderungsstatistik mehr auf.

Innenminister Seehofer, der vor seinem Amtsantritt markig getönt hatte, mit ihm wäre die Grenzöffnung von 2015 nicht passiert, setzt das illegale Grenzregime fort, das er einst selbst „die Herrschaft des Unrechts“ nannte. Für die Öffentlichkeit hat er eine Verlängerung der Grenzkontrollen an der österreichischen Grenze angekündigt. Das ist aber eine Irreführung, denn die Kontrollen heißen nicht, dass ein einziger „Flüchtling“ zurückgewiesen wird. Nach wie vor kommen an die 80 Prozent der Einreisewilligen ohne Papiere.

Sobald sie das Wort „Asyl“ sagen, werden sie eingelassen. Selbst wenn festgestellt wird, dass der Einlassbegehrende bereits in einem andern EU-Land Asyl beantragt hat, führt das nicht zu seiner Zurückweisung. Selbst wenn man mit staatlicher Förderung ausgereist ist, weil der gestellte Asylantrag abgelehnt wurde, darf man zurückkehren und einen Nachfolgeantrag stellen. Lediglich das „Ausreisegeld“ müsste in diesem Fall zurückgezahlt werden. Dass das dann tatsächlich geschieht, wage ich zu bezweifeln. Ich bin nicht einmal sicher, ob tatsächlich ein zweites Ausreisegeld verweigert wird, wenn sich die Mehrfach-Asylsuchenden zur nächsten Ausreise entschließen sollten. So wird die Rechtsstaatlichkeit systematisch unterhöhlt.

Nun soll die Bevölkerung an die nächste Stufe von Merkels Plan gewöhnt werden. Aufmerksame Leser des „Regierungsprogramms“ der CDU im letzten Bundestagswahlkampf fanden den überraschenden Abschnitt, dass Deutschland seinen humanitären Verpflichtungen aus „Resettlement und Relocation“ nachkommen werde. Da tauchten die beiden Begriffe zum ersten Mal in einer weitverbreiteten Veröffentlichung auf. Nachfragen im „begehbaren Wahlprogramm“ in Berlin

ergaben, dass die dort eingesetzten Jungpolitiker nicht beantworten konnten, worum es sich dabei handelt. Nachfragen bei Wahlkämpfern vor Ort erbrachten auch keine Ergebnisse. Keiner der befragten Bundestagskandidaten konnte sagen, was Resettlement und Relocation bedeutet.

Vor Kurzem kam die Meldung, dass in Deutschland mehr als 10.000 Menschen aus Nordafrika und dem Nahen Osten in Deutschland „eine neue Heimat finden“ sollen. Das heißt, sie werden in Deutschland angesiedelt. Nach Angaben des EU-Flüchtlingskommissars Dimitris Avramopoulos nimmt die Bundesrepublik die „Flüchtlinge“ im Rahmen eines EU-Umsiedlungsprogramms auf. Ein solches Umsiedlungsprogramm ist bisher vor der Bevölkerung geheim gehalten worden, geschweige denn, dass es jemals diskutiert oder demokratisch beschlossen worden wäre.

Aus „Illegalität Legalität machen“ heißt also, dass in Zukunft, in jedem Jahr neue Umsiedler nach Europa, das heißt, hauptsächlich Deutschland, gebracht werden, und das, obwohl im letzten Jahr Deutschland mehr Asylbewerber aufgenommen hat, als alle anderen EU-Länder zusammen!

Weil aus anderen Mitgliedstaaten bereits Zusagen für die Aufnahme von insgesamt 40.000 Flüchtlingen vorlägen, sei das Ziel des „Resettlement-Programms“, in der EU 50.000 Neuansiedlungsplätze zu schaffen, bereits erfüllt und werde wohl sogar übertroffen, jubelt der EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. Wie der Plan von EU und Kanzlerin Merkel für die nächsten Jahre aussieht, wird uns noch nicht verraten. Aber aus sozialistischen Zeiten wissen wir, dass jeder Plan immer übererfüllt werden muss. Wir können uns also auf wachsende „Umsiedlungszahlen“ einrichten.

Deutschland hat sich unter der Last der Masseneinwanderung bereits massiv verändert. Kein Volksfest, kein Weihnachtsmarkt mehr ohne „Merkel-Poller“, keine Veranstaltung ohne aufwendige Sicherheitsmaßnahmen. Polizeilicher Rat an Frauen, nicht mehr allein joggen oder bei Dunkelheit nicht mehr ohne männliche Begleitung auf die Straße zu gehen. Wohnungen und Einfamilienhäuser, die inzwischen Festungen gleichen, wo man vor wenigen Jahren noch die Schlüssel stecken lassen konnte - das ist inzwischen trauriger Alltag in Deutschland. Mehr noch, nachdem

auf dem Kirchentag 2019 eine Soziologin behauptet hat, dass Frauen wegen ihrer sexy Kleidung eine Mitschuld an ihrer Vergewaltigung trügen, forderte ein Soziologe prompt gleiche Kleidung für Männer und Frauen. Das haben schon die Bolschewiken gewollt, aber nicht durchsetzen können. Das blieb Maos kommunistischem Regime in China vorbehalten. Nach Maos Tod wurde dieser Einheitszwang aufgehoben. Und nun soll er wiederaufleben? Mit welchen Zwangsmaßnahmen soll das durchgesetzt werden? Wieder ist die Forderung an sich nicht das Problem, sondern ihre massenhafte unkritische Verbreitung.

Ein weiteres Beispiel für die Manipulation der Bevölkerung: Trotz der gestiegenen Gewaltverbrechen wird uns allen Ernstes eine Statistik präsentiert, die angeblich sinkende Kriminalitätsraten beweisen soll. Wer hat gesagt, dass er nur der Statistik traut, die er selbst gefälscht hat? Churchill? Man muss inzwischen genau, manchmal zwischen den Zeilen lesen, wie einst in der DDR. Die Meldung hieß: „Fast zehn Prozent weniger Straftaten erfasst, als im Vorjahr“. Dazu eine Anekdote: ein CEO steht auf dem Essener Hauptbahnhof im Wartebereich der 1. Klasse, als er von einer Gruppe junger Männer nicht biodeutschen Ursprungs umkreist, geschubst und überall befingert wird. Als sie von ihm ablassen und flüchten, steht er wie ein gerupftes Huhn da. Brieftasche, Handy, i-Pad, Fotoapparat, Koffer, Uhr - alles weg. Als er zur Bahnhofspolizei geht, um Anzeige zu erstatten, weigern sich die Beamten. Es wäre aussichtslos und würde deshalb nur die Statistik versauen. Die sinkende Kriminalitätsrate ist eine Irreführung der Bevölkerung - Orwell-Sprech. Das ist gelebte Unfreiheit!

So etwas kann nicht ohne Verrenkungen von „Experten“ wie dem Kriminologen Christian Pfeiffer präsentiert werden. Um schönzureden, dass trotz allem die Straftaten der Einwanderer signifikant häufiger sind als die Biodeutschen, muss man sich etwas einfallen lassen. Pfeiffer löst das Dilemma mit der Behauptung, angeblich würde eher angezeigt werden, wenn der Täter ein Mohammed oder Ali sei. Nach meiner Erfahrung ist es eher umgekehrt. Besonders Straftaten krimineller Clans, deren Existenz inzwischen nicht mehr geleugnet werden kann, werden nur sehr zögerlich angezeigt, aus Angst vor Rache.

Wie steht es mit der Demonstrationsfreiheit? Nach wie vor ein durch das Grundgesetz garantiertes Recht. Man kann erfolgreich Demonstrationen anmelden. Sobald es aber eine Demonstration gegen die politisch-korrekte Mehrheitsmeinung ist, melden die Demokraten in Politik und Medien so lange Bedenken an, bis die Antifa auf den Plan tritt. Wieder ein Beispiel: Im vergangenen Jahr gab es in Köln eine Demonstration von Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft gegen die „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ genannte Zensurverordnung vom ehemaligen Justizminister Heiko Maas. Das üblich breite Bündnis aus SPD, Gewerkschaftern, Linken, Grünen und Gelegenheits-Antifanten versuchte unter Bruch der Auflagen, Abstand zu halten, drei Stunden lang mit allem, was die Lungen hergaben, den Protest gegen die Zensur niederzubrüllen.

Das Pikante dabei: Weder wussten die lärmenden Linken, dass ihre Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau eine der besten Reden gegen das Maaß-Gesetz gehalten hatte, noch hatten die Vertreter der Grünen Jugend, die den Protest gegen das Zensurgesetz „nazi“ fanden, dass ihr Bundestagsabgeordneter Konstantin von Notz einer der eifrigsten Kämpfer gegen dieses Gesetz ist. Er wäre also auch ein „Nazi“.

Wie steht es mit der Reisefreiheit? Kein Problem, Andersdenkenden wird immer häufiger empfohlen, doch auszureisen, wenn ihnen die Entwicklung in Deutschland nicht passt. Solche vergifteten Ratschläge erinnern an die unselige Praxis der DDR, ihre ungeliebten Kritiker in den Westen abzuschieben. Bekanntlich hat diese Praxis das Ende der DDR beschleunigt, statt verhindert. Wer die Freiheit liebt, verteidigt unser Land, unsere emanzipatorischen Errungenschaften, den Rechtsstaat und das Grundgesetz. Freiheitlich handeln heißt, unsere Heimat nicht kampfflos der Demontage überlassen zu wollen.

Und ja: freiheitlich Gesinnte treten für die Herrschaft des Rechts ein. Alle, auch die Politiker, stehen unter dem Gesetz, nicht darüber. Niemand darf unter irgendeinem Vorwand Recht und Gesetz für ein angeblich „höheres Gut“ außer Kraft setzen. Wenn das „neurechts“ ist, bitte sehr. Ich nenne das rechtsstaatlich.

Deutschland 2019 ist nur noch auf dem Papier eine Demokratie, in der Praxis ähnelt es immer mehr einer Gesinnungsdiktatur. Aber was ich beispielhaft an Deutschland erläutert habe, trifft auf ganz Westeuropa zu. Widerstand gibt es hauptsächlich in den ehemaligen Ostblockländern. Hier haben die Menschen vor einem Vierteljahrhundert die Freiheit unter Gefahr für Leib und Leben erkämpft. Sie sind offenbar sensibler für die Gefahren, die der Freiheit drohen. Ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Ostblocks stehen wir wieder vor einer geschichtlichen Wahl: diesmal ist es der ideologische Eiserner Vorhang, den wir entweder erfolgreich abschaffen, oder von dem wir versklavt werden.

Leider gibt es viel zu viele Geisteswissenschaftler, die es besser wissen müssten, die sich dem dogmatischen Zeitgeist beugen. Zum Beispiel Prof. Herfried Münkler, der, nachdem er selbst die Erfahrung machen musste, von seinen Studenten denunziert und diffamiert zu werden, daraus offensichtlich den Schluss gezogen hat, dass es klüger sei, auf die Seite der Denunzianten und Diffamierer zu wechseln. Er hat jedenfalls behauptet, „Rechte“, also Konservative und Libertäre, hätten keine positiven Bezugspunkte, im Gegensatz zu Linken, die sich hinter dem Bild von Rosa Luxemburg versammeln könnten. „Ach, die deutschen Professor'n... die manches besser wüssten, wenn sie nicht auch fressen müssten“, wie der Liedermacher Wolf Biermann sang.

Die Linke hat sich nicht nur hinter Rosa Luxemburg versammelt, die am Ende ihres Lebens eine aktive Putschistin war und zu massiver Gewalt gegen die Weimarer Republik aufgerufen hat, die sich am 9. November 1918 formierte. Nein, die 68er Linke, die gerade wieder bejubelt wird, ist mit Bildern von Massenmördern wie Mao, Pol Pot und Ho Chi Minh herumgelaufen, hat den vielfachen Mörder und Terroristen Che Guevara zu ihrem Idol gemacht, den Diktator Fidel Castro angehimmelt und in der DDR-Diktatur das bessere Deutschland gesehen. Solche „Vorbilder“ wollen und brauchen wir nicht.

Unsere Leitbilder sind die Widerstandskämpfer gegen Diktaturen, Menschen wie Joachim Fest, der sich schon als Gymnasiast dem Nationalsozialismus entzog, die Studenten der Weißen Rose, die ihr Vaterland von den Nazis befreien wollten,

Georg Elser und die Männer des 20. Juli, die bereit waren, einen Diktator zu töten, alle Deutschen, die Juden geholfen haben, unterzutauchen und zu überleben, die ihre zugeteilten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter menschlich behandelt haben.

Wer die Freiheit liebt, orientiert sich am Widerstand und fragt: Welche Charaktereigenschaften bewahren den Einzelnen davor, sich als Werkzeug von Diktatoren anzudienen oder missbrauchen zu lassen? Was befähigt den Einzelnen, der Propaganda zu widerstehen, sich eine eigene Meinung zu bilden und sie erfolgreich zu verteidigen? Was macht aus uns Menschen nicht eine folgsame, von Politik und Medien manipulierbare Masse, sondern selbstbestimmte Individuen, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen?

Was gibt uns Hoffnung gegen eine scheinbar unbesiegbare Übermacht?

Die Friedliche Revolution von 1989 hat es gezeigt: Wenn sich hinreichend viele Menschen finden, die den Herrschenden die Legitimation absprechen und die Gefolgschaft verweigern, bricht auch ein bis an die Zähne atomar bewaffnetes System zusammen. Damals verschwand fast über Nacht eine ganze politische Klasse. Davor steckt die Furcht den Herrschsüchtigen bis heute in den Knochen. Deshalb wird immer wieder bestritten, dass es sich damals um eine Revolution gehandelt hat und behauptet, dass die „Wende“ eigentlich ein Werk von Politikern gewesen sei.

Die Wahrheit ist: Die Politiker hatten fast ein Jahr lang nichts zu sagen, sie mussten den Ereignissen hinterherrennen. Auch heute dürfen wir nicht auf die Politik hoffen. Die ehemals emanzipatorische Linke wusste das: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“.

Wir werden den Druck aufrechterhalten, bis es endlich eine politische Debatte über unsere Probleme gibt, die diesen Namen verdient. Wir werden Druck machen, bis die Politiker begreifen, dass sie nicht über die Köpfe der Bürger hinwegschicksalhafte Entscheidungen treffen können, im Hinblick auf die Zukunft unseres Landes. Über unsere Zukunft wollen und werden wir selbst entscheiden!

In diesem Sinne: Venceremos!



Fähnrich der Aufständischen während der Bauernkriege, mit einer Fahne die Recht auf „Freiheit“ fordert, 16. Jahrhundert



## Der lange Marsch in die Erziehungsdiktatur

Von Karlheinz Weißmann

Sechs Stellungnahmen:

1. „Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft.“

2. „Dass der durchschnittliche IQ der Schwarzen um eine Standardabweichung, also 15 Punkte, niedriger liegt als der der Weißen, kann als Faktum gelten. Ebenfalls klar sind die statistischen Implikationen: Unter den Weißen befinden sich [...] siebenmal so viele ‚Hochintelligente‘ (mit einem IQ über 115) wie bei den Farbigen; unter den Farbigen siebenmal so viele ‚Schwachsinnige‘ (mit einem IQ unter 70) wie bei den Weißen.“

3. Hitler hat „so viele Deutsche wie Juden getötet ... Ich kann nur sagen, dass wir bestrebt sind, diese Zeit der Greuel, die man nicht ungeschehen machen kann, zu überwinden. Wir sollten sie aber nun der Vergangenheit überlassen“.

4. Es ist „Propaganda“, über die Wehrmachtsoldaten zu sagen, ihr „Militärdienst sei eine Art

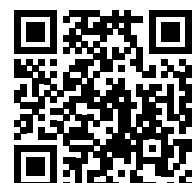
von Verbrechen gewesen, weil Verbrecher die oberste Kommandogewalt besessen hatten“. Von denen, die im Kampf starben, gilt, dass sie „glauben durften, dass ihr Kämpfen Deutschland vor dem Äußersten noch rette.“ „Im Elementaren sind die Kräfte des soldatischen Wesens durch die Jahrhunderte die gleichen geblieben: Mut, Tapferkeit, Befehlsgewalt und Gehorsamsanspruch, Kameradschaftlichkeit, Hilfswilligkeit in Notlagen.“

5. Entscheidend ist, dass sich jeder „zutiefst der einzigartigen sittlichen und völkischen Aufgabe und Bedeutung unserer Familien, unserer Mütter und Väter bewußt wird und damit in eine gemeinsame Kampffront für unsere Familie eintritt“.

6. „Erhaltung muß den Umsturz ablösen! Um der bewahrenden Weltanschauung Bahn zu schaffen, haben wir uns zu einer Partei der Rechten ... zusammengeschlossen.“

Zumindest die beiden ersten Zitate dürften erhebliche Irritation auslösen. Aber das war beabsichtigt: Irritation regt zum Nachdenken an.

Sehen Sie sich diesen Vortrag live auf YouTube an!



Zum Nachdenken darüber, unter welchen Umständen es möglich war, dass derlei von einem Sozialdemokraten, dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau geäußert wurde. Das war 1992, während die zweite Stellungnahme sich in der Zeit fand, fast zwanzig Jahre früher, 1974, in einem Aufsatz ihres Redakteurs, des renommierten Wissenschaftsjournalisten Dieter E. Zimmer. Der behandelte die genetischen Unterschiede zwischen menschlichen Großgruppen, gemeinhin und immer noch „Rassen“ genannt. Die dritte Stellungnahme – zur Notwendigkeit, die im deutschen Namen begangenen Verbrechen „der Vergangenheit [zu] überlassen“ – auf Konrad Adenauer zurückgeht. Er hat sie bei seinem Besuch in Israel 1966 formuliert. Nachdem der israelische Ministerpräsident ihm erklärt hatte, dass keine Wiedergutmachung je bewirken werde, dass die Schuld der Deutschen gesühnt sei. Adenauer reagierte darauf mit der Drohung, seinen Besuch sofort abubrechen. Er ließ sich nach einer Entschuldigung aber dazu bewegen, lediglich seine Auffassung zu bekräftigen und öffentlich zu machen. Die vierte Stellungnahme – die über den deutschen Soldaten – geht auf Theodor Heuss zurück, erster Bundespräsident, ein Liberaler reinsten Wassers, ungedient, „Nur-Zivilist“. Nebenbei sei erwähnt, dass Heuss besonders stolz auf seine Freundschaft mit Eberhard Wildermuth war, eine „soldatische Natur“, wie Heuss betonte, im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz beider Klassen ausgezeichnet, im Zweiten mit Ritterkreuz und Deutschem Kreuz in Gold. Die fünfte Stellungnahme, die zur „völkischen Aufgabe“ der Familie, geht auf Franz-Josef Wuermeling zurück, gläubiger Katholik, in der NS-Zeit wegen seiner Haltung aus dem Staatsdienst entlassen. Der Passus gehört zu einer Rede, die er als Familienminister in den fünfziger Jahren im Bundestag gehalten hat. Das letzte Stück, das über die „Partei der Rechten“, findet sich im Manifest der Rechten. Unter der Bezeichnung lief das Programm der „Deutschen Rechtspartei – Konservative Vereinigung“, die unmittelbar nach Ende des Krieges von der britischen Besatzungsmacht zugelassen wurde und mit dem Slogan „Wählt rechts!“ und Schwarz-Weiß-Rot warb. Maßgeblichen Anteil an diesem im Frühsommer 1945 abgefaßten Text hatte Hans Zehrer. Zehrer gehörte zu den einflussreichsten Journalisten der Weimarer Zeit, er war der Kopf des „Tat-Kreises“, fiel aber nach der

Machtübernahme Hitlers unter Berufsverbot, da er die Scheidung von seiner jüdischen Ehefrau verweigerte. In der Bundesrepublik sollte er wieder in eine Schlüsselposition des Pressewesens aufsteigen, unter anderem als engster Berater Axel Cäsar Springers. Ihm war der Aufbau der „Bild“, der „Welt“ und der „Welt am Sonntag“ zu verdanken.

Was soll diese Zusammenstellung? Sie soll etwas deutlich machen, das immer wieder und rasch vergessen wird. Dass nämlich die heute geltenden Denk- und Sprachregelungen nichts weniger als selbstverständlich sind. Dass die Biologie des Menschen von Bedeutung ist, dass die Kollektivschuld einen unerträglichen Vorwurf darstellt, dass der Soldat, auch der deutsche des Zweiten Weltkriegs, Anspruch auf Wahrung seiner Ehre hat, dass die Beziehung zwischen Mann und Frau und die Familie eine entscheidende Bedeutung für die Existenz eines Volkes haben und dass es da, wo es eine Mitte und eine Linke gibt auch eine Rechte geben sollte, das alles steht heute unter Tabu. Aber nicht auf Grund einer Art Naturgesetz, sondern weil es im Bereich dessen, was man „öffentliche Meinung“ nennt, eine bestimmte Machtverteilung gibt. Öffentliche Meinung ist nichts weniger als eine selbstverständliche Größe. Goethe hat sich schon über „die Verfasser von Zeitschriften und Tagblättern“ amüsiert, die das Publikum glauben machten, sie bildeten den „wahren Gerichtshof“. Denn von Unparteilichkeit oder Gerechtigkeit des Urteils ist bei den Meinungsmachern keine Rede. Vielmehr ergibt sich die Menge dessen, was sie als relevant und richtig und gut, wie die Menge dessen, was sie als irrelevant und falsch und böse betrachten, auf Grund von Kräfteverhältnissen; Kräfteverhältnisse zwischen denen, die auf die Verbreitung von Meinungen Einfluß nehmen können.

Im Regelfall, zum Beispiel in der alten Bundesrepublik, handelt es sich um Konkurrenten mit je verschiedenen Auffassungen. Wenn ich mich an meine Jugend und die Studentenjahre erinnere, habe ich immer noch den Eindruck, als ob wir eine Dauerdebatte geführt hätten. Am Küchentisch und beim Familientreffen, am Rand der Klassenfete und im Konfirmandenunterricht, in der Deutschstunde und im Oberseminar, unter Freunden und bei Vortragsveranstaltungen. Die Kontroversen waren heftig, ernsthaft, wenn es

gut ging, eine Art Duell, wenn es schlecht lief, auch verletzend, aber im Regelfall von der Überzeugung getragen, dass es zwar nicht auf jedes Argument von jedem ankomme, aber doch darauf, dass zu Gehör gebracht werde, was jemand meinte. Etwas wie „politische Korrektheit“ wäre damals nicht vorstellbar gewesen, sondern sofort als das entlarvt worden, was es ist: Zensur. Wie anders heute. Was eine freie Debatte bedeutet, ist praktisch vergessen. Man darf nur noch äußern, was denen gefällt, die die Uniformierung des Denkens vorangetrieben haben, oder man akzeptiert Ausgrenzung und Ächtung oder legt sich ein sehr dickes Fell zu. Das, was uns gegenwärtig als Öffentliche Meinung geboten wird, spiegelt nicht mehr verschiedene denkbare Positionen, sondern nur noch eine, bestenfalls als Thema mit Variationen. Aus der Machtverteilung ist ein Machtmonopol geworden, und die „Torhüter“ (Walter Lippmann) in den Reihen der Meinungsmacher sorgen dafür, dass es erhalten bleibt. Die Menge des Meinbaren wird dadurch immer kleiner. Es gibt ausgesprochene wie unausgesprochene Denk- und Sprechverbote, manchmal nur als Schere im Kopf, aber von Fall zu Fall auch in juristische Form gebracht, strafbewehrt, um bestimmte Positionen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch ihre Träger mundtot zu machen. Wenn also nach einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach annähernd zwei Drittel der Bürger überzeugt sind, man müsse heute „sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert“, dann hat das mit einer Menge an Vorgaben und Normen zu tun, die dazu führen, dass der Einzelne vielleicht noch im privaten Kreis, aber nicht coram publico auf bestimmte Art und Weise zu Einwanderung, Islam, der NS-Zeit, den Auswirkungen der Gender-Ideologie oder der Rolle der AfD Stellung nehmen kann. Interessanterweise zeigt sich auch die Hälfte der Befragten überzeugt, dass dieser Zustand neu ist und immerhin 41 Prozent vertreten die Auffassung, dass das, was man „Political Correctness“ nennt, auf inakzeptable Weise die Meinungsfreiheit einschränkt.

Political Correctness ist eine Formel, die zuerst in den USA gebraucht wurde. Dort gehört sie seit den 1980er Jahren zu den Kampfbegriffen linker Kulturkrieger. Das Konzept eines Kulturkrieges oder einer Kulturrevolution hatte die Linke in der Nachkriegszeit entwickelt, als sich immer deut-

licher abzeichnete, dass es keine Revolution im Sinne von Karl Marx geben werde. Die Arbeiter kamen als Träger des Umsturzes nicht mehr in Frage, sondern hatte sich auf die Seite des „Systems“ geschlagen, die sozialistischen oder kommunistischen Parteien waren in den Vereinigten Staaten bedeutungslos. Also entwickelte man den Gedanken, die nach wie vor bestehenden „Randgruppen“ – alle irgendwie Diskriminierten, von den Schwarzen über die Homosexuellen und Behinderten bis zu den Frauen – gegen die bestehende Ordnung zu mobilisieren und gleichzeitig einen Angriff nicht von der Basis aus, sondern vom Überbau zu führen.

Der wichtigste Theoretiker dieses Ansatzes war Herbert Marcuse. So undeutlich vieles in seiner Konzeption blieb, eines war ihr unschwer zu entnehmen: Sollte die Menschheit in das „Reich der Freiheit“ gelangen, das Marx als Ende der Geschichte verheißen hatte, musste der Kapitalismus zerstört werden. Dazu war die Anwendung von Gewalt legitim, aber es ging auch darum, schon jetzt, noch vor dem großen Kladderdatsch, Einfluss auf die Köpfe zu gewinnen. Da Marcuses Anhänger in erster Linie Studenten und junge Akademiker waren, hörten sie diese Botschaft mit Begeisterung, und sie machten sich noch eines seiner Argumente zu eigen: dass in Vorbereitung der „freien Association“ eine Phase der Unfreiheit unumgänglich sei. Nur dachten sie weder an die Diktatur des Proletariats noch an die Diktatur einer Kaderpartei. Was sie sich vorstellten, war eine „Erziehungsdiktatur“. In seinem 1964 zuerst erschienenen Buch „Der eindimensionale Mensch“ schrieb Marcuse noch etwas zögernd von deren Notwendigkeit. Aber er machte deutlich, dass die – selbstverständlich zeitlich begrenzte – Beseitigung von Demokratie und Freiheit notwendig sei, um das Ziel der Emanzipation des Menschengeschlechts zu erreichen. Die „Erziehungsdiktatur“ sollte die Macht an eine Elite übertragen, aber nicht an eine böse und selbstsüchtige und reaktionäre Elite, sondern an eine gute und selbstlose und progressive, die die dumpfe Masse in eine lichte Zukunft führen könnte. Deutlicher wurde Marcuse in einem Interview, das er drei Jahre später dem Spiegel gab. Da hieß es dann ganz unverblümt, dass es darum gehe, die Menschen „umzuprogrammieren“, dass es deshalb notwendig sei, all diejenigen an Einflussnahme zu hindern, die „reaktionäre“ oder

„faschistische“ Positionen verteidigten. Die „Erziehungsdiktatur“ werde ihnen weder Meinungs- noch Rede- noch Pressefreiheit zubilligen, da sie sich dem gesetzmäßigen Gang der Geschichte in den Weg stellten. Erst an dessen Ende stehe ein Zustand wahrer Freiheit: „Ich glaube“, hieß es bei Marcuse, „dass die Revolution zu einer Erziehungsdiktatur tendiert, die sich in ihrer Erfüllung aufheben würde.“

Diese Vorstellung, dass die Linke als Agentin der Geschichte den Fortschritt antreibe und deshalb das Recht habe, darüber zu entscheiden, was gemeint werden darf und was nicht, war Marcuse keineswegs als erstem eingefallen. Sie steht in einer langen Tradition. Die beginnt natürlich bei Rousseau und seiner Behauptung, dass die Feststellung der *volonté générale* – des „Gemeinwillens“ nicht das Ergebnis von Abstimmungen sein muss. Vielmehr könnten wenige oder ein Einzelner besser als die vielen oder alle wissen, was denn dieser „Gemeinwille“ sei. Sie setzt sich fort mit dem, was Rousseaus Schüler Robespierre und Saint-Just während der Französischen Revolution in die Praxis umsetzten. Robespierre unterschied ausdrücklich zwischen „bürgerlicher“ – also konkreter – und „politischer“ Freiheit, die er nur dem zubilligte, der den Terror der Jakobiner unterstützte. Seinem Freund Saint-Just wird die Formel zugeschrieben „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“, und selbstverständlich bestimmten er und seine Gesinnungsgenossen, wer ein „Feind der Freiheit“ sei; oft genügte der bloße Verdacht und dem Verdächtigen blieb nichts als der Weg aufs Schafott. Eine ganz ähnliche Vorstellung vertrat auch Rosa Luxemburg mit ihrer berühmten Forderung „Freiheit ist immer zuerst die Freiheit des Andersdenkenden“. Denn ihr ging es keineswegs um eine Art Toleranzprinzip, ihr ging es nur um Meinungsfreiheit innerhalb der kommunistischen Bewegung. Von der Freiheit des politischen Gegners war keine Rede.

Angesichts dessen erscheint nur konsequent, dass die glühenden Anhänger Marcuses, die Träger der amerikanischen APO der 1960er Jahre, zwar mit massivem Nachdruck *Free Speech* – „Freie Rede“ forderten, aber jeden niederbrüllten oder attackierten, der anderer Auffassung war als sie. Ein Verhalten, das ihre deutschen Kommilitonen genauso brav kopiert haben wie alles andere, was zur 68er-Bewegung führte, unter

Einschluss jenes Prozesses einer schleichenden Machtübernahme da, wo Meinungen gebildet, geformt und verbreitet wurden. Dieser Vorgang ist in den letzten zwanzig Jahren allmählich an sein Ziel gekommen. Der Politisch-Mediale Komplex, mit dem wir es heute zu tun haben, hat ein Denken von nie dagewesener Einförmigkeit erzeugt, und sich ein breites Instrumentarium verschafft, mit dessen Hilfe unliebsame Auffassungen und die Träger unliebsamer Auffassungen ausgeschaltet werden können. Wie das vor sich geht, lässt sich an Hand einer beliebigen Zahl von Beispielen aus der jüngsten Zeit illustrieren: die Amtsenthebung Roger Scrutons als Vorsitzender der Königlichen Architekturkommission auf Grund der Denunziation einer linken britischen Zeitschrift, des *New Statesman*, die ihm Islamo- und Homophobie sowie Rechtfertigung sexueller Gewalt unterstellte; die handgreiflichen Auseinandersetzungen anlässlich eines Vortrags von Camille Paglia an der Philadelphia University of the Arts, nachdem die Hochschulleitung dem Ansinnen einiger Trans-Aktivistinnen widerstanden und die Vorlesung der Kulturhistorikerin genehmigt hatte; die systematische Verfolgung des Historikers Jörg Baberowski, Professor an der Humboldt-Universität, die bis ins Privatleben geht, durch eine trotzkistische Sekte, die ihn wegen seiner scharfen Kritik der kommunistischen Diktaturen als Rechtsextremisten beschimpft; das massive Vorgehen sogenannter Wissenschaftler gegen Günter Nooke, den Afrika-Beauftragten der Bundesregierung, der die Unterentwicklung des Schwarzen Kontinents auf das Fortbestehen von Clan- und Stammesstrukturen sowie die besondere Mentalität der Bevölkerung zurückgeführt hatte. Aber das, was hier aufgezählt wird, ist nur die Spitze des Eisbergs. Da sind dann auch noch die tagtäglichen Ausspähungen, Intrigen und Bedrohungen durch antifaschistische Blockwarte und die kulturellen Säuberungen: die Entfernung der Bücher Mark Twains aus amerikanischen Bibliotheken, weil darin das Wort „Nigger“ vorkommt, der Comics von Hergé mit Tim und Struppi aus britischen Jugendbüchereien, weil sie den Kolonialismus verherrlichten, und der älteren Ausgaben von Pippi Langstrumpf aus schwedischen Kindergärten, weil in denen von einem „Negerkönig“ die Rede war; Frankreich streicht den Namen Charles Maurras aus dem Kalender der offiziellen Gedenktage, weil er ein „Reaktionär“ war, und in der deutschen Verwaltung schreitet der Kampf gegen das generische Maskulinum fort.

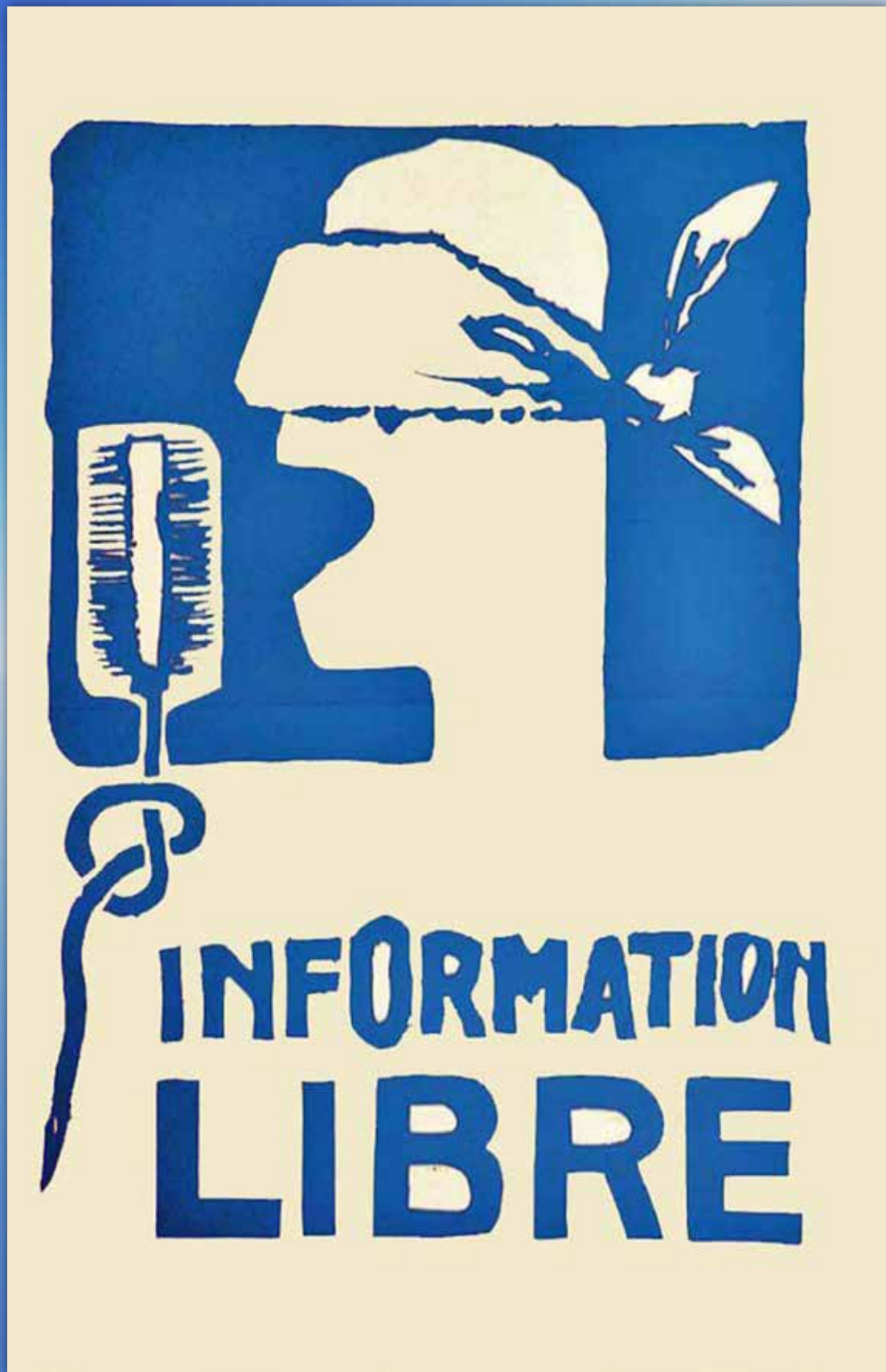
Ohne Zweifel gibt es eine wachsende Kritik an dieser Entwicklung, aber sie kommt bisher kaum zur Geltung. Denn die Hüter der Öffentlichen Meinung haben sich in den letzten Jahrzehnten mächtige Positionen geschaffen und eine Rechtfertigung für ihr Tun entwickelt, die so schmeichelnd mit Begriffen wie „Aufklärung“ und „Pluralismus“, „Diversität“ und „Menschenrechten“ daherkommt. Aber gelegentlich darf man doch einen Blick hinter die Kulisse werfen. Wenn etwa im Framing-Handbuch der ARD erwogen wird, bei der Gestaltung der Sendungen nach dem Prinzip „Kontrollierte Demokratie statt jeder, wie er will“ vorzugehen, oder der amerikanische Philosoph Bryan W. Van Norden für das Goethe-Institut ganz offen erklärt, dass das Verständnis von Meinungsfreiheit als Meinungsfreiheit „naiv“ sei. Nur im 19. Jahrhundert, als die Forderung nach Meinungsfreiheit eine Waffe war, um den politischen Gegner der Linken zu besiegen, habe es sich um eine legitime Forderung gehandelt. Das sei heute anders, angesichts von Trump, „Hetze“ und „Fake News“.

Nun müssen für Van Norden „treuhänderische Wächter der rationalen Debatte“ eingesetzt werden, die über einen „gerechten Zugang“ zu den Medien entschieden, solchen Zugang aber auch blockieren dürften. Die „Verweigerung institutioneller Verbreitungswege“ habe indes nichts mit „Zensur“ zu tun, sondern müsse als Vorsorge begriffen werden, um die Verbreitung falscher und abwegiger Anschauungen zu verhindern. Das erinnert nicht zufällig an Marcuses Konzept, aber stärker noch an Jürgen Habermas Forderung nach „Dethematisierung“ all dessen, was er und seine Anhänger am liebsten beschweigen möchten: Selbstzerstörung Europas, Zuwanderung, wachsende Kriminalität, Verfall der inneren Sicherheit, Volkstod, Dekadenz. Marcuse wie Habermas gehörten zur „Frankfurter Schule“, die einen erheblichen Einfluss auf das politische Denken der Nachkriegszeit ausgeübt hat. Aber anders als Marcuse begriff Habermas relativ rasch, dass das offene Reden von Revolution, Sozialismus und Erziehungsdiktatur in einer modernen Gesellschaft kaum zum Ziel führen kann. Habermas zieht es vor, von einer „entgegenkommenden“ Kultur“ zu sprechen, die er als „liberal“ definiert und seit einiger Zeit mit der Ordnung des Grundgesetzes identifiziert. Dabei betont er, dass ein „gemeinsames staatsbürgerliches Bewusstsein über alle

Differenzen“ hinweg bestehen müsse. Aber das Vorhandensein dieses „gemeinsamen staatsbürgerlichen Bewusstseins über alle Differenzen“ hinweg, sei ständig zu überprüfen. Und wer diese Überprüfung vornehmen soll, steht selbstverständlich fest. So wie fest steht, dass die, die keine hinreichende Begeisterung für die von Habermas postulierten „universalistischen“ Werte an den Tag legen, ausgeschlossen werden vom Prozess der Meinungsbildung, weil sie den „Saatboden für einen neuen Faschismus“ düngen.

Trotz des Alarmtons ist klar: Hier spricht einer mit jener Selbstsicherheit, die nur der Machtbesitz einflößt, und erteilt Zugang zum Diskurs oder verweigert ihn nach Gutdünken. Das ist allerdings nicht, was Habermas selbst einmal als Grundsatz der Meinungsfreiheit angegeben hatte. In seiner Habilitationsschrift Strukturwandel der Öffentlichkeit, hieß es noch: „Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit“. Aber als er das äußerte, zu Beginn der 1960er Jahre, war die Situation auch noch eine andere. Damals war das eigene - linke - Lager das schwächere, und die Forderung nach Teilhabe diente dazu, den Aufmarsch zu decken, um im Kampf um Meinungsmacht eine günstige Position zu besetzen.

Doch das strategische Ziel war niemals nur ein angemessener Teil, sondern das Ganze, ein Endsieg, der alle anderen Meinungen zum Verstummen bringen sollte. Diesem Ziel ist man gefährlich nahegekommen. Allerdings um den Preis, dass das Phrasengewand, mit dem man das eigene Machtstreben verhüllt, immer fadenscheiniger wird. Nur genügt das nicht. Es genügt nicht, zu begreifen, dass das Gerede über mehr Vielfalt, mehr Toleranz und mehr Freiheit verlogen ist. Es kommt darauf an, den Zusammenhang mit der Verschleierung der Machtverhältnisse zu begreifen und das heißt auch verstehen, dass gegen Macht nur Macht hilft, Gegen-Macht. Und um die zu gewinnen, bedarf es der Entschlossenheit und des Einsatzes. Nach dem berühmten Wort des Perikles: „Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.“



**Plakat des Pariser Mai '68**

Als die Linke noch für Meinungsfreiheit war

## Die Autoren

**Bolz, Norbert**, geboren 1953, Dr. phil., emeritierter Professor für Sprach- und Kommunikationswissenschaften.

**Jongen, Marc**, geboren 1968, Dr. phil., Mitglied des Bundestages, stellvertretender Landessprecher der Alternative für Deutschland (AfD) Baden-Württemberg.

**Lengsfeld, Vera**, geboren 1952, Bürgerrechtlerin aus den Reihen der DDR-Opposition, langjähriges Mitglied des Bundestages, zuerst für die Grünen, dann für die CDU.

**Meuthen, Jörg**, geboren 1961, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl (beurlaubt), Bundessprecher der Alternative für Deutschland (AfD), Mitglied des Europäischen Parlaments, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Identität und Demokratie.

**Steinbach, Erika**, geboren 1943, Informatikerin, von 1990 bis 2017 Mitglied des Bundestages für die CDU, 2017 Austritt aus Partei und Fraktion, 1998-2014 Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung.

**Weißmann, Karlheinz, Dr. phil.**, geboren 1959, seit 1982 im Höheren Schuldienst des Landes Niedersachsen, Veröffentlichungen als Publizist und Historiker, Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung.

## Impressum

Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.  
Unter den Linden 21  
10117 Berlin

V.i.S.d.P.: Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V., vertreten durch:  
Erika Steinbach, Dr. Klaus Peter Krause, Lars Patrick Berg und Dr. Gerhard Fischer

Telefon: 030 40 366 977-0  
Telefax: 030 40 366 977-9  
E-Mail: info@erasmus-stiftung.de

Eintragung im Vereinsregister.  
Registergericht: AG Lübeck  
Registernummer: VR 4144 HL

Sie finden uns auch auf diesen Social-Media-Kanälen:



Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen  
finden Sie zu immer auf unserer Webseite:  
[www.erasmus-stiftung.de](http://www.erasmus-stiftung.de)

ISBN 978-3-9821740-0-6



9 783982 174006

## Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

Unter den Linden 21 - 10117 Berlin

Telefon: 030 40 366 977-0

Telefax: 030 40 366 977-9

info@erasmus-stiftung.de

[www.erasmus-stiftung.de](http://www.erasmus-stiftung.de)



### Spendenkonto:

Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

Sparkasse zu Lübeck

DE77 2305 0101 0160 4388 67

BIC: NOLADE21SPL

(Gemeinnützigkeit nach § 60a AO anerkannt)